Nr. 65 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 33

Morgen-Ausgabe

70 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 6.— M., monatl. 2.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 2.— M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg 3.— M., für das übrige Ausland 7.— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die zehngespaltene Nonpareillezeile kostet 9.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,50 M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 4.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Mittwoch, den 8. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Der Eisenbahnstreik beendet.

Urabstimmung über den Berliner Streik.

Der Eisenbahnerstreik ist zu Ende! Die Reichsgewerkschaft hat sich entschlossen, den Abbruch des Streikes zu erklären. Zu dem Zweck, diesen Beschluß den Streikenden mitzuteilen, sind ihr die Diensttelegraphen zur Verfügung gestellt worden. Heute früh werden also alle streikenden Eisenbahner im Reiche wissen, daß die Gewerkschaft, deren übereilter Streikparole sie gefolgt waren, nun selber den Streik für beendigt erklärt. Mit der Wiederaufnahme der Arbeit im Laufe des heutigen Tages ist für das ganze Reich zu rechnen.

Selbstverständlich sind damit auch die Teilstreiks, in die einzelne Beamtenkategorien im Laufe des gestrigen Nachmittags eingetreten waren, um ihre Sympathie mit den Kollegen vom Flügelrad zu bekunden, als erledigt zu betrachten.

Mit der Beendigung des unglückseligen Streiks fällt auch automatisch die Verordnung des Reichspräsidenten. Den sozialdemokratischen Unterhändlern, die seit Sonnabend unablässig um eine Vermittlung bemüht waren, ist es auch gelungen, die Zusage zu erreichen, daß keine Massenentlassungen vorgenommen werden. Nur einzelne Disziplinarverfahren gehen ihren Gang weiter; es ist damit zu rechnen, daß auch in diesen Fällen, die im Interesse der Staatsautorität nicht als ohne weiteres erledigt betrachtet werden konnten, ohne persönliche Verfolgungssucht verfahren werden wird.

Faßt man das Ergebnis zusammen, über das noch so manches zu sagen sein wird, so kann man feststellen, daß dieser ungewerkschaftliche Streik zwar gewaltigen Schaden angerichtet hat, daß aber durch ihn nichts erreicht worden ist, das ohne ihn nicht mindestens ebensogut hätte erreicht werden können. Daß der Schaden nicht ins Unendliche stieg und daß die schlechtest bezahlten Beamten Aussicht haben, ihre berechtigten Wünsche befriedigt zu sehen, ist nicht zuletzt der sozialdemokratischen Vermittlungstätigkeit zu danken.

Die Wiederaufnahme der Arbeit bedeutet natürlich noch keine sofortige Ingangsetzung des ganzen ungeheuren Eisenbahnbetriebes. Es werden noch Tage vergehen, bevor alles wieder in Ordnung kommt, und in wirtschaftlicher Beziehung werden sich noch manche Nachwehen einstellen. Aber die furchtbaren Gefahren, die ein noch länger dauernder Verkehrsstreik über das Reich gebracht hätte, sind beschworen, und man kann, wenn aus den Erfahrungen der letzten erregten Tage überall die richtigen Lehren gezogen werden, wieder mit etwas Zuversicht in die Zukunft sehen.

Auch der Streik der Berliner Gemeindearbeiter nähert sich rasch dem Ende.

Die Versammlung der Obleute hat gestern zu dem Beschluß der Streikleitung auf Einstellung des Streiks Stellung genommen. Nach vierstündiger Aussprache, an der sich sowohl Vertreter der Gewerkschaften wie der Berliner Gewerkschaftskommission beteiligten, wurde folgendes beschlossen:

1. Den Magistrat zu ersuchen, die Frist zur Wiederaufnahme der Arbeit um 24 Stunden, also bis heute nachmittag 2 Uhr, zu verlängern.
2. Heute eine Urabstimmung über Fortsetzung oder Beendigung des Streiks unter den Streikenden vorzunehmen. Diese Abstimmung muß spätestens bis 11 Uhr abgeschlossen sein, worauf die Obleute zu dem Ergebnis Stellung nehmen und die sich daraus ergebenden Anordnungen treffen werden.

Mit Rücksicht auf den Beschluß, die endgültige Entscheidung den Streikenden selber zu überlassen, wurde der Beschluß der Streikleitung auf Beendigung des Streiks mit 131 gegen 90 Stimmen abgelehnt.

Der Magistrat hat in seiner Aufforderung den Termin zur Wiederaufnahme der Arbeit bekanntlich auf gestern nachmittag 2 Uhr festgesetzt. In diesem Punkte war der Magistrat schlecht beraten, da es rein technisch unmöglich war, die Streikenden, die um diese Zeit von dem Aufruf des Magistrats kaum Kenntnis haben konnten, in die Betriebe zu bringen. Zumal, nachdem die Streikleitung nun selber zum Abbruch des Streiks riet, mußte eine etwas längere Frist zum Arbeitsbeginn eingeräumt werden. Wie wir vernehmen, hat der Magistrat das Verlangen der Obleute der Streikenden, die Frist bis heute nachmittag zu verlängern, abgelehnt. Es wäre bedauerlich und würde nur geeignet sein, die Situation zu verschärfen, wenn der Magistrat in diesem Punkte auf seinem Beschlusse bestehen bliebe. Da eine absichtliche Verzögerung der Arbeitsaufnahme nicht vorliegt, und dem Allgemeininteresse damit gedient ist, wenn wenigstens heute nachmittag der Betrieb wieder in vollen Gang kommt, ist zu erwarten, daß der Magistrat seine zu kurze Fristsetzung nachträglich korrigiert und sie bis heute 2 Uhr verlängert. Die Bahn ist dann frei für die Aufnahme der Arbeit.

Die Reichsgewerkschaft telegraphiert Streikschluß.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst" meldet:

Nach langwierigen Verhandlungen wurde in den späten Abendstunden des gestrigen Tages über die strittige Frage der Maßregelungen, die bekanntlich dem freien Ermessen des Reichsverkehrsministers anfänglich überlassen werden sollte, eine Einigung erzielt. Die Reichsgewerkschaft gab noch im Laufe des gestrigen Abends an alle Bezirksorganisationen den sofortigen Abbruch des Streiks telegraphisch bekannt, so daß bereits für den heutigen Tag mit der Wiederaufnahme der Arbeit gerechnet werden kann. Mit dem Streikabbruch fällt automatisch die Verordnung des Reichspräsidenten. Nach den Vereinbarungen, die zwischen Reichsregierung und dem Mandatar der Reichsgewerkschaft, der Reichspostgewerkschaft, getroffen wurden, werden Massenentlassungen nicht vorgenommen.

Bevor die Einigung erzielt wurde, fanden zwischen Reichskabinett und Parteiführern Verhandlungen statt, deren Ergebnis die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte. Das Ziel dieser Besprechungen war, einen Verständigungsweg zu finden, der zu einem baldigen Abbruch des Streiks führt. Erst in den Abendstunden wurde ein Kompromiß vorgeschlagen, das sowohl die Regierung, wie auch die Reichsgewerkschaft in längeren Verhandlungen beschäftigte. Um 10 Uhr abends wurde erfreulicherweise eine Einigung erzielt, die von den beteiligten Seiten als allgemein zufriedenstellend anerkannt wurde, und die Sicherungen für eine erträgliche Beendigung des Streiks bietet.

*

Eine später herausgegebene amtliche Meldung besagt:

Die Besprechungen, die zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Gewerkschaften wegen Beilegung des Eisenbahnerstreiks geführt wurden wurden heute nachmittag vom Reichskanzler mit Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und einem Vertreter der Postgewerkschaft wieder aufgenommen. Sie führten heute abend 9 Uhr zu einem positiven Ergebnis. Die Verhandlungen bezogen sich zuletzt nur noch auf die Frage der Disziplinierung ausständischer Beamter. Nachdem die Beamtenvertreter unter inzwischen geklärten Voraussetzungen den alsbaldigen Abbruch des Streiks in Aussicht stellten, wurden zwei Vertreter der Reichsgewerkschaft zu einer letzten Aussprache beigezogen. Es wurde über folgende Erklärung Uebereinstimmung erzielt, nachdem das Kabinett von dem Gang der Verhandlungen Kenntnis genommen und das vom Reichskanzler vorgetragene Ergebnis gebilligt hatte. Die Erklärung lautet:

„Die Reichsgewerkschaft gibt die Versicherung ab, daß sie noch heute abend den Streik der Reichsgewerkschaft als beendet erklären wird. Nachdem der Herr Reichskanzler seinerseits im Namen der Reichsregierung ausgeführt hat, daß bei sofortigem Abbruch des Streiks die Disziplinierung nach den vom Gesamtkabinett aufzustellenden Richtlinien erfolgen wird.

Die Reichsregierung wird bei sofortigem Abbruch des Streiks in der Anwendung und Durchführung der Disziplinarmaßnahmen von Massendisziplinarverfahren und Massenentlassungen absehen.

Den in Frage kommenden Beamten wird ihr Beschwerderecht selbstverständlich gewahrt."

*

In vorgerückter Abendstunde wird uns von der Reichsgewerkschaft gemeldet, daß ihr Hauptvorstand über die Abmachung seiner Vertreter mit der Regierung in dieser Nacht Beschluß fassen will. An dem Ergebnis dürfte dadurch nichts geändert werden.

Keine Generalstreikparole!

Parteigenossen! Betriebsräte!

Der am 7. Februar 1922 in der Vollversammlung der Betriebsräte der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale gefaßte Beschluß wurde unter dem Druck der Tribünen angenommen und bedeutet nie und nimmer einen Generalstreikbeschluß. Ein solcher kann nur vom ADGB. und AfA. gefaßt und durchgeführt werden. Wir erklären, daß unsere Redner das Wort nicht nahmen, weil sie mit einer derartigen Verhandlungsform niemals einverstanden sein können. Wir fordern unsere Betriebsräte auf, die Bekanntmachung zur Vollversammlung zu beachten, vollzählig zu erscheinen und unserer Meinung zum Durchbruch zu verhelfen.

Die SPD.-Betriebsräte.
Metallindustrie: O. Grohn, B. Krüger.
Graph. Gewerbe: Imhoff, B. Hermann.
ZdA.: Mannz, Schönlein.
Lederindustrie: A. Lillig.

Sitzung der Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt heute vormittag um 11 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammen. Die gestrige Beratung war kurz, da für 4 Uhr eine Kabinettssitzung anberaumt war und die Fraktion es für unzweckmäßig hielt, in Abwesenheit der Parteigenossen, die der Reichsregierung angehören, weiter zu verhandeln. Die Debatte drehte sich selbstverständlich ausschließlich um den Eisenbahnerstreik und zwar insbesondere um die Frage der etwaigen disziplinarischen Folgen. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Generalversammlung der Betriebsräte.

Die am Montag abend vertagte Generalversammlung wurde gestern (Dienstag) im Gewerkschaftshause fortgesetzt. Redner war wieder Emil Barth. Die Galerien des Saales waren schon vor Eröffnung der Versammlung mit Zuhörern gefüllt und im Laufe der Tagung sammelte sich auch vor den Eingängen sowie auf den Gängen vor dem Lokal eine solche Fülle von Personen an, daß Zu- und Abgang schwer behindert waren. Verschiedene Male wurde von den Draußenstehenden der Versuch gemacht, in das Lokal einzudringen, was nur durch das energische Auftreten des Versammlungsleiters mit vieler Mühe verhindert werden konnte. Schließlich wurde einer aus sechs Personen bestehenden Delegation auf Wunsch der draußen Harrenden der Zutritt gestattet. Die Ausführungen des Referenten wurden durch lärmende Zwischenrufe von der Galerie vielfach unterbrochen, zeitweise war es nicht möglich, ihm Gehör zu verschaffen.

Der Redner schickte voraus, daß er hier die Auffassung des Vollzugsrates wiedergebe. Er ging dann zunächst auf den Streik der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner ein, der gekommen sei, ohne daß eine andere Organisation vorher davon gewußt habe.

Die nationalistische Presse scheine eine hämische Freude über die durch den Erlaß der Regierung erzeugten Schwierigkeiten zu empfinden, und man könne zu der Auffassung kommen, daß sie die Reichsgewerkschaft als Mittel für ihre Zwecke betrachten wolle. Den Streikerlaß der Regierung und die dazu erlassenen Anordnungen des Polizeipräsidenten verurteilte er mit voller Entschiedenheit. Die materiellen und arbeitsrechtlichen Forderungen der Eisenbahner müßten als berechtigt anerkannt, soweit diese aber auf die Ausgestaltung des Beamtenrechts gerichtet sind, abgelehnt und dafür die Anstellung auf freien Vertrag gefordert werden. Jedem müsse im Falle der Arbeitsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit eine auskömmliche Rente zuteil werden. — Bedauerlich sei, daß der Aufruf des ADGB. und Afa-Bundes nicht einmal die Zurückziehung des Regierungserlasses und der polizeilichen Anordnungen verlangt habe. Die Einstellung der Reichsgewerkschaft war aber falsch, denn ohne Hilfe anderer Organisationen kann sie nichts erreichen. Aus dieser Auffassung heraus sind auch der ADGB. und Afa-Bund zu ihrem Aufruf gekommen. Deshalb soll man sie nicht gleich in die „Wolfsschlucht" werfen.

Gegen den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sei zu sagen, daß am Donnerstag die Urabstimmung den Streik ergeben habe, aber über den erst am nächsten Tage gefällten Schiedsspruch im Arbeitsministerium habe keine Urabstimmung stattgefunden, was mit Bedauern registriert werden müsse. In der gegenwärtigen Situation muß ich diesen Streik auf das schärfste verurteilen.

Was nun? Der Generalstreik werde zwar gefordert, aber es dürfe dabei nicht verkannt werden, daß dieser sich nach Lage der Sache nicht bloß gegen die Regierung, sondern auch gegen die sozialistischen Parteien richten und letzten Endes zu einem Kampf der Arbeiter gegen Arbeiter führen würde. Dann sei ein Sieg der Reaktion sicher. Die Errichtung einer rein sozialistischen Regierung würde schwerlich zu erreichen sein. Viel richtiger werde es sein, nach gewerkschaftlichen Grundsätzen auf den ADGB. einzuwirken, daß er die Führung in die Hand nehme. Wenn es dann zum Brechen komme, werde das zum Wohl des Proletariats ausschlagen.

Der Redner legte am Schluß seiner Ausführungen eine längere Entschließung vor, die von diesen Grundsätzen getragen war.

Dem Referat folgte eine etwa vierstündige Aussprache, an der sich auch Redner der Reichsgewerkschaft beteiligten. Eine Resolution Teich folgenden Inhalts: „Die Generalversammlung beschließt, daß die gesamte Arbeiterschaft in einen Sympathiestreik für die kämpfenden Eisenbahner einzutreten hat, um die kämpfenden Eisenbahner zu unterstützen", wurde mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. Weiter lag folgende Entschließung vor:

„Angesichts des harten Kampfes der Eisenbahner, Beamten und Arbeiter um ihre Existenz und der unversöhnlichen Haltung der Regierung hält die Generalversammlung der Groß-Berliner Bezirksräte die Proklamierung des Generalstreiks für ganz Deutschland für unbedingt notwendig und fordert die Betriebsrätezentrale auf, in diesem Sinne auf die Spitzenverbände energisch einzuwirken. Die Forderungen des Generalstreiks sind:

Zurückziehung der Ebert- und Richterverordnungen,
unbedingter Schutz der Koalitionsfreiheit,
Zurückziehung des Arbeitszeitgesetzentwurfes,
Verhandlung mit den streikenden Eisenbahnern über ihre materiellen Forderungen,
Befreiung der verhafteten Streikführer und Herausgabe der Streikgelder sowie Enteignung der Kohlen- und Eisenbergwerke zur Wiederherstellung der Rentabilität der Eisenbahnen,
keine Maßregelungen."

Diese von Gehlmann vorgeschlagene Entschließung wurde mit

großer Mehrheit angenommen, nachdem der Antragsteller erklärt hatte, daß der Vollzugsrat sich verpflichte, im Sinne dieser Forderungen sofort mit dem ADGB. in Verhandlungen zu treten und auf ihre Durchführung zu dringen.

Versammlungen der „Zentralstreikleitung".

Die „Rote Fahne" und die „Freiheit" hatten in ihrer gestrigen Morgenausgabe ein riesiges Inserat im Umfange einer halben Seite veröffentlicht, in dem die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe zur Teilnahme an sechs öffentlichen Versammlungen am Nachmittag aufgefordert wurden. Als Einberufer zeichnete eine anonyme „Zentralstreikleitung", von deren Existenz bisher nichts bekannt geworden ist. Liegt eine Verquickung des Streiks der Reichseisenbahnbeamten mit der rein lokalen Bewegung der städtischen Betriebe schon im Sinne der dunklen Ziele der Kommunisten, so geht schon aus der bisherigen Haltung der „Freiheit" hervor, daß eine solche Verquickung nicht den Ansichten und Absichten der Unabhängigen entspricht. Und das Resultat? Im Laufe des gestrigen Nachmittags hat sich herausgestellt, daß keine verantwortliche Instanz von der anonymen „Zentralleitung" etwas wußte noch wissen wollte. Wie uns versichert wird, will niemand den Auftrag zur Drucklegung des Inserats erteilt haben, und auch in Punkto Bezahlung wird – gestreikt!

Diese Schwindelinserate hatten zur Folge, daß alle sechs Versammlungen von Streikenden aller Art überfüllt waren. In der Bühow-Brauerei wurde mitgeteilt, daß das Betriebsratsmitglied Welz verhaftet worden sei, worauf ein Arbeitsloser die Sympathien der Arbeitslosen für die Streikenden bekundete, und die für die Lokomotivführer ziemlich überflüssige Erklärung abgab, daß die Berliner Arbeitslosen keine Streikarbeit leisten.

Zu dem eigentlichen Thema sprach dann Heine von der Reichsgewerkschaft. Er verwies auf die Streikklage und ging dann auf die Geschichte des Streikes über. Die Gehälter der oberen Eisenbahnbeamten ständen in keinem Verhältnis zu denen der unteren, so daß die Notlage in demselben Maße bei den unteren Beamten fortschreite, wie sie bei den oberen behoben werde. Bittere Beschwerde führte er über die Behandlung der ganzen Angelegenheit durch den Minister Hermes, der die Gewerkschaft nach jeder Richtung hin provoziere. Es ginge nicht an, daß den Beamten eine monatliche Zulage von nur 150 M. gewährt würde. Als ideeller Grund des Streiks leuchte kraß hervor die Wahrung des Achtstundentages, der durch das Arbeitszeitgesetz in Frage gestellt sei. Die Reaktion sei in den Staatsbetrieben samt und sonders wieder eingezogen, selbst dort, wo Minister weilen, die aus der Sozialdemokratie hervorgegangen seien. Die Erlasse des Reichs- sowie des Berliner Polizeipräsidenten seien eine Gewaltmaßnahme gegen das höchste Recht der Arbeiter und Beamten und diese seien nicht gewillt, es sich gefallen zu lassen, sondern gegebenenfalls Gewalt gegen Gewalt zu setzen. Er gibt zu, daß die Entstehung des Streiks zwar ungewerkschaftlich sei, aber die Beamten hätten verhandelt und verhandelt, bis sie endlich zu dem fünftägigen Ultimatum gegriffen hätten. Wenn auch die Minderheit bei der Abstimmung des Streikbeschlusses sich nahezu der Majorität gleichstelle, so sei zu bedenken, daß von den 22 Stimmen nahezu acht Zehntel der Reichsgewerkschaft dahinterständen. Er betonte dann, daß entgegen allen Pressemeldungen die Stimmung glänzend sei. Die Technische Nothilfe sei eine Institution, die nicht der Sachwalter des Staatseigentums sein könne, da sie nicht in der Lage sei, das Eigentum des Staates vor dem Verderben zu schützen, wie es beispielsweise bei den Lokomotiven der Fall sei. Wenn heute der Streik abgeblasen würde, könne der Betrieb vor 14 Tagen nicht wieder geregelt sein, da durch die Starrheit der Regierung die Lokomotiven durch das Erkalten stark beschädigt seien. Die Reichsgewerkschaft sei täglich bereit, mit der Regierung zu verhandeln, desgleichen erklärte der Reichskanzler, daß er in Person denselben Willen hätte, er allein sei jedoch nicht dazu in der Lage, da seitens einiger Minister, insbesondere des Verkehrsministers Groener, Widerstände gegen die Verhandlung mit der Reichsgewerkschaft sich geltend gemacht hätten. Diese langsame Niederknüppelung des Streikes durch Groener sei schmählich, und es wäre an der Zeit, ihn dahin zu jagen, von wo er gekommen sei. Es ginge nicht mehr an, daß durch den Prestigewillen eines Kürassierstiefels das gesamte deutsche Volk leide; das sei in seinem ganzen Umfange ein Vabanquespiel. Inzwischen hätte die Reichsgewerkschaft die Reichspostgewerkschaft mit Vollmachten betraut, die Verhandlungen mit der Regierung zu führen, soweit es sich um materielle Forderungen handele. Als Grundlage jeder Verhandlung sei der Reichspostgewerkschaft aufgetragen worden: Zurücknahme der Erlasse, keine Maßregelungen, Herbeiführung des alten Zustandes, Sicherung des Achtstundentages. Sobald die Reichsregierung diese Grundlage schriftlich anerkannt habe, sei auch die Reichsgewerkschaft bereit, in weitere Verhandlungen einzutreten. Eine Deputation der Reichsgewerkschaft bei dem Minister Groener sei von ihm nicht vorgelassen worden. Die Vertreter der Reichspostgewerkschaft Henz und Kugler erklärten in der Konferenz der Regierung, daß sie Gewehr bei Fuß ständen, um gegebenenfalls loszuschlagen, wenn die Regierung nicht endlich sich zu Verhandlungen bereit erklärte. Darauf habe die Regierung das Sondergesetz zur Arbeitszeitregelung zurückgezogen, um im Einvernehmen aller Arbeitnehmer es neu zu regeln. Desgleichen solle die Gruppierung der unteren Beamten weitestes Entgegenkommen finden. Die Frage der Maßregelung blieb unentschieden. Die Reichspostgewerkschaft wird vielleicht in diesen Stunden bereits zum Streik aufgefordert haben um die streikenden Eisenbahner zu unterstützen. Inzwischen sei in Frankfurt a. M. bereits der Postbetrieb eingestellt. Redner schloß mit der Aufforderung, die durch den Kampf entstandene Einigkeit zu bewahren.

In der Diskussion kamen die Vertreter der verschiedensten Eisenbahnerverbände zu Worte, die sich alle für die Forderung der Reichsgewerkschaft einsetzten.

Geschke (KPD.), Landtagsabgeordneter, betrachtete den Kampf der Eisenbahner als den Kampf des Proletariats und predigte die Liebe der Arbeiter zueinander, wenn es gilt, den Kapitalismus zu zertrümmern. Es müsse die Pflicht eines jeden Genossen sein, die im mühseligen Kampfe errungene Einigkeit zwischen Arbeiter und Beamten zu wahren, auch für die Zeit nach dem Streik.

Zum Schluß ergriff das Wort der Reichstagsabgeordnete Hoffmann (USP.) und erklärte, daß die Postbeamten Schulter an Schulter mit den Eisenbahnern stünden und daß sie sich mit allen Mitteln dagegen wehren werden, von der Regierung in Fesseln gelegt zu werden. Wenn es gelungen ist, den Schlag der Regierung abzuwenden, können die Beamten ihre Forderungen durchdrücken. Und als Kampfmittel sei als bestes die Einigkeit zu bezeichnen.

Eine Resolution, die die Forderungen der Reichsgewerkschaft nochmals behandelte, wurde einstimmig angenommen, nachdem ein Nachtrag darin aufgenommen wurde, dem Afa-Bund und dem ADGB. ein Mißtrauensvotum auszusprechen.

Mißglückter Fischzug der Unionisten.

Der Berliner Bezirksverband der Hand- und Kopfarbeiter hatte gestern nachmittag den großen Saal der Brauerei Königstadt bereit gehalten, um alle jene zusammenzubringen, die ihm ins Garn gehen sollten. Die Mühe war vergeblich.

Falsche Gerüchte.

Die im ganzen Reich verbreitete Nachricht, daß im mitteldeutschen Kohlenrevier ein Bergarbeiterstreik stündlich ausbrechen kann, entbehrt jeder Grundlage. Die Meldungen sind nur zum Zwecke der Beunruhigung verbreitet. Ebenso unwahr ist, daß in Sachsen ein kommunistischer Aufstand zu befürchten sei. Die Kommunisten sind völlig ohnmächtig. Die Arbeiterschaft lehnt sie ab. In Sachsen herrscht völlige Ruhe.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die von mehreren Blättern verbreitete Nachricht, wonach bei dem verhafteten Kommunisten Plettner Mobilisationspläne für einen mitteldeutschen Putsch aufgefunden worden sein sollen, unwahr ist.

Parlamente und Verkehrsschwierigkeit.

Der Aeltestenrat des Reichstags beschloß am Dienstag, die auf den gleichen Tag anberaumte Sitzung des Reichstags wegen Verkehrsschwierigkeiten ausfallen zu lassen. Es wurde in Aussicht genommen, die Sitzung für den Donnerstag oder Freitag anzuberaumen, je nachdem es möglich sein wird, besondere Parlamentszüge einzulegen.

Der preußische Landtag, der gleichfalls nach der ursprünglichen Absicht in dieser Woche zusammentreten sollte, wird seine Vollsitzungen erst am Dienstag der nächsten Woche wieder aufnehmen. Die Zwischenzeit soll mit Sitzungen des Hauptausschusses, der den Etat durchberät, ausgefüllt werden.

Außerordentliche Wirtschaftsbeihilfen.

Der Reichsfinanzminister soll, wie der „Dena" mitgeteilt wird, ermächtigt werden, den Beamten an Orten mit besonders schwierigen Verhältnissen eine außerordentliche widerrufliche Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren. Die Verwirklichung dieser Unterstützungsaktion wird mit größter Beschleunigung betrieben. Die erforderlichen Geldmittel werden in einem Nachtrag zum Haushaltsplan für 1921 beansprucht. Der Aufwand wird auf 950 Millionen geschätzt.

Die Braunschweiger Regierungsfrage.

Sozialdemokratie und Fall Sepp Oerter.

Braunschweig, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstagnachmittag fand die erste Sitzung des neugewählten Braunschweiger Landtages statt. Trotz des Eisenbahnerstreikes waren fast alle Abgeordneten zur Stelle. Es wurden lediglich die Präsidenten des Landtages gewählt und die Mitglieder für die Ausschüsse namhaft gemacht. Von weiteren Arbeiten wurde zunächst Abstand genommen. Auch die erhoffte Neubildung der Regierung ist bisher nicht erfolgt. Die bisherige rein sozialistische Regierung wird die Staatsgeschäfte bis zur endgültigen Erledigung der Frage weiterführen. Allem Anschein nach bleibt es bei der rein sozialistischen Regierung, da bekanntlich die Wahlen eine Zweistimmenmehrheit der sozialistischen Parteien mit Einschluß zweier Kommunisten ergeben haben. Die bürgerlichen Parteien versuchen mit allen Kräften die bestehende Regierungskoalition zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen zu spalten. Als besonderen Anlaß hierzu nehmen sie den Fall des gewesenen unabhängigen Minister-präsidenten Sepp Oerter, der bekanntlich wegen einer mysteriösen Bestechungsaffäre zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Da anscheinend noch sehr schwerbelastendes Material gegen Oerter vorliegt, hat sich die Fraktion unsere Partei dagegen ausgesprochen, daß Oerter von den Unabhängigen wiederum als Minister präsentiert wird. Die Stellung der Unabhängigen Oerter gegenüber ist bis zur Stunde noch nicht völlig geklärt. Wenn die Unabhängigen sich nicht in unverständlicher Weise auf eine Ministerkandidatur Oerters versteifen sollten, erscheint die Wiederkehr einer rein sozialistischen Regierung nicht gefährdet; andernfalls dürften für die bisherige Regierungskoalition ernsthafte Schwierigkeiten eintreten.

Englische Thronrede.

London, 7. Februar. (WTB.) Die Thronrede, mit der der König das Parlament eröffnete, begrüßt die großen Resultate der Washingtoner Konferenz, namentlich das Viermächteabkommen über den Stillen Ozean, welches das englisch-japanische Bündnis ersetze, und das Abkommen betreffend die Einschränkung der Rüstungen. Das Problem der Sicherung der Reparationszahlungen durch Deutschland in der den allgemeinen Interessen zuträglichsten Weise beschäftige noch immer die verbündeten Regierungen. Beratungen seien kürzlich eingeleitet worden, um Vereinbarungen über ein gemeinsames Vorgehen im Falle eines unprovozierten Angriffes durch Deutschland zu erzielen. Ferner kündigt die Thronrede Gesetzentwürfe über die Ratifizierung des Abkommens mit Irland und Amnestie für die an den irischen Unruhen beteiligten Personen an.

London, 7. Februar. (WTB.) „Daily News" schreibt, die Herzlichkeit, mit der der deutsche Botschafter Sthamer beim Betreten der Botschafterloge begrüßt wurde, sei bezeichnend. Sthamer habe sich in der ersten Zeit nach seiner Ernennung in einer schwieriger Stellung befunden, später hätten ihm jedoch zahlreiche Personen die Hand gedrückt, ein Beweis, daß der friedliche Aufbau Europas bereits im Gange sei.

Auslandsrundschau.

Die französische Note, die die Einladung nach Genua annimmt, fordert die vorherige Feststellung, daß alle Konferenzteilnehmer mit den Bedingungen der Alliierten einverstanden seien. Eine dieser Bedingungen sei, daß die bestehenden Friedensverträge nicht diskutiert würden, weiter wünsche die französische Regierung, daß diese Garantien auch auf die Reparationsfrage ausgedehnt würden.

Die Außenminister der Kleinen Entente sollen in Belgrad ihre Haltung in Genua vereinbaren.

Bei einer Revision des gerichtlichen Vereinsregisters in Reichenhall soll sich der französische Offizier auch den Deutsch-Oesterreichischen Alpenverein als verdächtig notiert haben.

Dem neuen Papst Pius XI. hat die deutsche Regierung ihre Glückwünsche übermitteln lassen. — Kardinal O'Connell-Boston kam um einen Posttag zu spät zur Wahl.

Entwaffnungskommissar a. D. Peters soll feststellen, ob die Vorgänge in Petersdorf (O.-S.) mit deutsch-schlesischen Geheimorganisationen zusammenhängen.

Der „Verein dänischer Studenten" in Kopenhagen hat Genossen Scheidemann eingeladen, im Laufe des Februar einen Vortrag über aktuelle politische Fragen zu halten. Scheidemann hat angenommen.

Der Milchkutscher.

Von Bruno Brandy.

Es sind doch die kleinen Dinge, aus denen die großen Sinnbilder erwachsen. Ich bin eins und erwuchs dazu aus einer ganz schlichten Handlung: Als im Herbst die Blätter fielen und die Butterpreise stiegen, war meine Zigarrenkiste leer, und meine Frau sah fürderhin keinerlei Möglichkeit, in unserem Haushaltsetat den Rauchposten wieder einzusetzen. Meine Frau, meine Schwiegermutter, meine Tochter und ich redeten mir zu viert ein, daß die Qualmerei in diesen Zeiten ein sündhaftes Laster sei.

Ich bin ein sachlicher, einfacher Mensch, der gläubig das Rauchen einstellte, arbeitete und nicht verzweifelte, duldete und fühlte, wie er emporwuchs zu einem Symbol des deutschen Volkes, dem ja auch ein Licht nach dem andern ausgeblasen wird. Der Fleiß, die Treue, die Not und Duldertraft meines Volkes spiegelten sich in mir. Solches Bewußtsein hob mich über die Nikotinlosigkeit hinaus, erfüllte mich mit Stolz. Wer möchte nicht das wandelnde Gleichnis einer ganzen Nation sein?

Bis ich eines Tages starr und aller Schönheit entblättert vor unserem Büfett stand: im obersten Stockwerk, Abteilung Glaswaren, braun und herrlich zwischen Gläsern versteckt — lag eine Zigarre! Ich denke doch, ich muß das Büfett fressen. Aber meine stracks herbeieilende Frau entzog mir die schlanke, dunkle Qualmwurzel kühl und ungerührt: „Die ist für den Milchmann."

In meinen Augen glomm ein düsteres Feuer auf, indes wohl die übrigen Teile ein Fragezeichen bildeten, denn meine Frau wiederholte mit guter Betonung des Wesentlichsten: „Ja — für den Milchmann, der tut mir manchen kleinen Gefallen." Sprach's und entschwand mit der Braunen treppab. Unten auf der Straße klingelte der Milchkutscher seine Ware aus.

Dies Erlebnis ging tief nach innen und verhinderte dort mit Erfolg eine spontane Entladung nach außen. Wozu Krach, Verehrtester? — flüsterte mir eine innere Stimme zu. Sie wissen doch, daß Ihre Frau, sofern man heute alle Ehen annullierte und die Männer noch einmal verteilte, leider wieder nach Ihnen greifen würde! Wenn Ihre liebe Frau also den Rauchgenuß nicht Ihnen, sondern einem andern zuerkennt, so muß dieser andere halt einen noch wichtigeren Faktor bedeuten! Es gibt eben noch einen Teil der Nation, der des Rauchens für würdig befunden wird. Der Milchmann gehört dazu. Er erweist den Frauen kleine Gefälligkeiten, sei es, daß er etwas zugießt, sei es, daß er überhaupt Milch bringt . . . Jedoch, mein Lieber, hetzte eine andere Stimme und buxte mich brutal, erweist du deiner Frau nicht auch manchen Gefallen? Von Spaziergängen, Theaterbesuchen oder sonstigen kleinen Handreichungen abgesehen: Ist es nicht die größte Gefälligkeit, die ein Mann in diesen düsteren Tagen bezeigen kann, daß er überhaupt bei der Stange bleibt?! Daß er sein dürftiges Einkommen mit seiner Familie verzehrt?! Daß er nicht entfleucht in einer Zeit, in der das Pfund Margarine im Moment dieser Niederschrift 30 Mk. kostet?!

Und inmitten dieser quälenden Diskussion wurde mir klargemacht, wie sehr meine Tätigkeit danebengeschätzt wird. Der Milchmann fährt nur die Milch breit; manche Volkswirtschaftler bestreiten, daß der Handel überhaupt als produktive Arbeit angesehen werden kann. Ich aber produziere ewige Werte. An den Gebilden meiner bunten Phantasie erfreut sich die kleine Ladenmamsell wie die Dame in Seal, der Arbeiter wie der Bourgeois, der Heitere wie der Traurige. Tausende, aber Tausende verschlingen meine Produkte mit seligen Augen. Unzählige Zuschriften bezeugen es. Man rühmt mit Recht meinen Witz, meine Phantasie, meine Erfindungsgabe, mein Feuer, meinen Stil, meinen Balzaschen Fleiß, die Kühnheit meiner Gedanken. Aber meine Frau eckennt Zigarren, die mir gehören sollten, dem Milchmann zu.

Und meine Frau steht damit in einer Front, mit der sich an Zahl keine andere messen kann. Denn der Milchmann arbeitet mit Händen und Beinen. Man sieht es. Mir dagegen begegnet man vormittags hin und wieder bei den Wildenten am Flusse oder sieht mich gelegentlich im Waldpark sitzen und träumen. Dösen nennt es mein Schwager, der Hutfabrikant. Dösen — indes mein fieberndes Hirn einen Knäuel Visionen bändigt, Motive erledigt, Luftschlösser zimmert, in deren Gebälk jeder einen Nagel schlagen und seinen Hut daranhängen kann; Dösen — indes mein ruheloser Geist Weltbilder formt, die in gedrucktem Zustande Millionen ergötzen. (Unzählige Zuschriften beweisen es!) Aber meine Frau, die noch dazu rettungslos und seit sechzehn Jahren in mich verschossen ist — — — —

Nein, ich bin kein wandelndes Wahrzeichen der Nation, ich bin nur das wehmütige Symbol der geistigen Märtyrer, die unter die Hand- und Beinarbeit des Milchmannes gesunken sind.

Und wenn ich von meiner Frau wieder Zigarren zugebilligt haben will, muß ich mich scheiden lassen und Milchkutscher werden.

Strahlende Materie im Weltall. Die Gestirne offenbaren dem Menschen ihr Dasein durch das Licht, das sie aussenden, und durch die Energie, die von ihnen aus in allen Richtungen ausstrahlt. Wir müssen uns bewußt bleiben, daß das Licht auf Schwingungen beruht. Diese Schwingungen, die von einem leuchtenden Körper ausgehen, pflanzen sich im Raum mit Hilfe eines nicht zu wägenden Mediums fort, das man Aether nennt. Wie wir wissen, ist das Licht aus einer gewissen Anzahl von übereinander gelagerten einfachen Farben gebildet, deren Gesamtheit das weiße Licht erzeugt. Jede einfache Farbe ebenso wie die weiße verbreitet sich im leeren Raum mit einer Schnelligkeit von 300 000 Kilometer in der Sekunde. Anderseits charakterisiert sich jede einfache Farbe durch die entsprechende Schwingungsdauer des Aethers, die man die Periode dieser Farbe nennt. Das Produkt aus der Fortpflanzungsgeschwindigkeit des Lichtes und der Periodendauer einer einfachen Farbe ergibt ihre Wellenlänge.

Das Spektrum eines Gestirns — wir folgen hier einer Darstellung, die F. Lancelin von der Pariser Sternwarte gibt — ist die Gesamtheit der von ihm ausgehenden Strahlen; man analysiert es mit Hilfe des Spektroskops, das die Zerlegung des weißen Lichtes in seine einfachen Elemente beim Hindurchgehen durch ein Glasprisma bewirkt. Das Spektrum macht die Strahlen für das Auge sichtbar. Wenn man ein Tausendstel Millimeter als Einheit nimmt, so schwanken die Wellenlängen dieser Strahlen zwischen den Zahlen 0,4 und 0,8. Die Wellenlänge des Violett ist am kürzesten. Es gibt aber auch noch dem Auge unsichtbare Farben, und zwar das Ultraviolett mit der kürzesten, das Ultrarot mit der größten Wellenlänge.

Lichtstrahlen mit größerer Wellenlänge hat man noch nicht beobachten können, und es entsteht hier eine Lücke, die sich bis zu den Wellen erstreckt, die den elektrischen Schwingungen entsprechen, und deren Länge mit 4 Millimeter beginnt. Die elektrischen Schwingungen hat man ebenfalls, und zwar durch den Kohärer sichtbar gemacht. Der Physiker Nordmann hat in Untersuchungen, die er auf dem Grands-Mulets in 3000 Meter Höhe anstellte, versucht, die von der Sonne ausgehenden Herzschen Wellen nachzuweisen; doch war die atmosphärische Absorption zu stark, als daß die Versuche gelingen konnten. Es ist jedoch zweifellos, daß die Sonne elektrische Wellen aussendet; ihr Nachweis wird früher oder später sicher gelingen.

Daß die Sonne Radium und andere radioaktive Materie enthält, steht durch den Nachweis des Heliums in ihrer Atmosphäre fest. Denn dieses Gas entsteht durch den Zerfall des Radiums. Wir sehen also, daß die Sonne und wahrscheinlich auch alle Fixsterne Strahlen aussenden, deren weitere Erforschung eines der wichtigsten physikalischen Probleme bildet.

Theaternöte in aller Welt. Die westfälischen und rheinischen Industriestädte mußten in letzter Zeit die Subventionen für ihre Theater ganz erheblich erhöhen. So hatte Bochum für das Jahr 1921 eine Million Mark für sein Theater in Vorschlag gebracht, jetzt aber weitere zwei Millionen Mark nachbewilligt, so daß im ganzen drei Millionen Mark Zuschuß geleistet werden sind. Die Stadt Duisburg, die mit Bochum in einer Theatergemeinschaft steht, hat ebenfalls einen Zuschuß von drei Millionen Mark bewilligt. Essen gewährte seiner Bühne sogar einen Zuschuß von rund fünf Millionen Mark, ebenso sah sich die Stadt Hagen genötigt, für das laufende Spieljahr 2,1 Millionen Mark auszusetzen. Auch die finanzielle Lage des National-Theaters in Mannheim ist so drückend, daß für 1922/23 mit einem Zuschuß von sieben Millionen Mark zu rechnen ist. Die Stadtgemeinde sieht sich daher vor die Frage gestellt, ob das National-Theater überhaupt und in welcher Form weitergeführt werden soll. Das Defizit des Nürnberger Stadttheaters wird auf 6 Millionen Mark beziffert. In den Städten Bamberg, Würzburg und Regensburg denkt man infolge dieser Theaterkalamitäten sogar daran, eine gemeinsame nordbayerische Oper zu schaffen.

Nicht nur unter den deutschen, sondern auch unter den englischen Schauspielern nimmt die Arbeitslosigkeit überhand. Die englische Bühnengenossenschaft sah sich deshalb veranlaßt, einen Fonds für stellungslose Schauspieler zu schaffen und eine Organisation ins Leben zu rufen, die den brotlosen Künstlern Beschäftigung zu vermitteln sucht. Man will aus den stellungslosen Schauspielern

Die gleitende Lohnskala.

Von Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns**.

Teuerung und Lohnkämpfe rücken die Frage der **Anpassung der Löhne und Gehälter** an die jeweiligen **Lebenshaltungskosten** in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Das Reichsarbeitsministerium, als die für die **Lohnpolitik** zuständige Stelle, hat diesem wichtigen Problem selbstverständlich ernsteste Beachtung geschenkt und ist allen Vorschlägen und Versuchen eingehend und unvoreingenommen nachgegangen. Die Bemessung der Beamtengehälter blieb dabei außer Betracht, weil für diese besondere Gesichtspunkte in Frage kommen, für die das Reichsarbeitsministerium nicht schlechthin zuständig ist, die deshalb auch in diesem Artikel unerörtert bleiben. Das Reichsarbeitsministerium ist bei seinen Untersuchungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß in der **gleitenden Lohnskala** ein berechtigter Gedanke steckt, der unter Verhältnissen wie den heutigen viel Gutes wirken kann, wenn man nur das Problem in seinem inneren Wesen richtig erkennt und sich vor einer kritiklosen und mechanischen Anwendung hütet.

Die Lösung setzt zunächst einen zuverlässigen und vertrauenswürdigen **Maßstab** der wechselnden Teuerung voraus. Ein solcher dürfte durch Einbeziehung weiterer Bedarfsgüter, insbesondere auch der Kleidung, in den **Monatsteuerungsindex** jetzt gewonnen sein.

Die einseitigen Befürworter der gleitenden Lohnskala verlangen nun, daß die Löhne diesen Teuerungszahlen in regelmäßigen, etwa monatlichen, Zwischenräumen ohne weiteres angepaßt werden. Sie vergessen hierbei, daß noch wichtige andere Umstände für die Lohnhöhe bestimmend sein müssen. Es ist nicht möglich, die wirtschaftliche Lage eines Industriezweiges oder der gesamten Volkswirtschaft in ihrer Auswirkung auf die Lohnhöhe völlig auszuschalten. Eine **rein mechanische** Anpassung der Löhne würde es beispielsweise **unmöglich** machen, den Arbeitern den berechtigten Anteil an einer günstigen Konjunktur einzuräumen oder umgekehrt einer zeitweiligen Bedrängnis eines Gewerbezweiges Rechnung zu tragen. Schon deshalb würde die gleitende Lohnskala neue Tarifverhandlungen, in denen der Anteil des Kapitals und der Arbeit am Produktionsertrage neu geregelt werden kann, niemals völlig ersetzen können.

Ein weiteres lohnpolitisches Bedenken: Welcher Zeitpunkt und welcher Lohn soll als **Ausgangspunkt** für die Skala genommen werden? Der jeweils gegebene Zustand kann nicht ohne weiteres als richtig oder gerecht bezeichnet werden. Durch die Einführung der gleitenden Lohnskala würde er aber verewigt, für eine Arbeitgeber- oder Arbeitnehmergruppe je nach den Umständen ein Vorteil, für die andere ein Nachteil. Das Reichsarbeitsministerium hat für eine Reihe typischer Berufe **vergleichende Berechnungen** angestellt, in denen die tatsächlich gezahlten Löhne den nach der gleitenden Teuerungsskala zu zahlenden gegenüber gestellt werden.* Aus dieser Statistik ergibt sich, daß die Kurve der wirklich gezahlten Löhne über die Kurve der gleitenden Lohnskala in vielen Fällen weit hinaus geht. Es wäre aber falsch, hieraus ohne weiteres auf einen unbillig hohen Lohn der beteiligten Arbeitnehmer zu schließen. Der Grund kann vielmehr darin liegen, daß der Lohn zu Beginn der gleitenden Skala zu niedrig stand und daß dieser Nachteil inzwischen ausgeglichen worden ist. Ein solcher Ausgleich kann aber nicht nach Zeit und Ausmaß mechanisch vorgenommen werden. Er hängt vielmehr von besonderen und allgemeinen wirtschaftlichen — unter Umständen auch politischen — Voraussetzungen ab. Allerdings zeigt die erwähnte Statistik auch, daß bei angemessenem Ausgangslohn beide Kurven, trotz zeitweiliger Ueberschneidungen, im Gesamtergebnis doch übereinstimmen. Bei Einführung der gleitenden Lohnskala wäre also besonders genau zu prüfen, ob der zugrunde gelegte Lohn den Verhältnissen wirklich entspricht. Gerade dieser Gesichtspunkt, der den hohen Wert einer zuverlässigen **Lohnstatistik** zeigt, ist in den bisherigen Ausführungen über die gleitende Lohnskala meist übersehen worden.

Nicht unberechtigt erscheinen auch schließlich Einwände, die vom Standpunkt der **Preispolitik** aus gegen die gleitende Lohnskala erhoben werden. Bei automatischer Anpassung der Löhne ansteigende Preise entfallen wertvolle Hemmungen gegen die Preiserhöhung. Automatisches Sinken der Löhne mit den Preisen aber könnte die unter Umständen notwendige Atempause zur wirtschaftlichen Erholung der Arbeitnehmer ausschalten.

Wenn demnach eine rein automatische Anwendung der gleitenden Lohnskala sich nicht empfiehlt, wie soll dann dem unverkennbaren Bedürfnis nach Anpassung der Löhne und Gehälter an die Kosten der Lebenshaltung Rechnung getragen werden?

Dadurch, daß man **das System der gleitenden Lohnskala mit dem System einer kurzfristigen schiedsgerichtlichen Lohnfestsetzung verbindet**. In diesem Sinn habe ich schon in meiner Etatrede im Februar 1921 angeregt, in den Tarifverträgen Schiedsgerichte zu vereinbaren, die in kürzeren regelmäßigen Abständen die Lohnhöhe auf Grund der Indexzahlen nachprüfen. Diese Schiedsgerichte hätten zunächst die lediglich unter Zugrundelegung der Indexzahlen begründete Lohnänderung festzustellen, dann aber den Tarifparteien die Möglichkeit zu geben, über sonstige Umstände, die etwa eine abweichende Lohnfestsetzung notwendig machen, zu verhandeln und sich zu einigen. Sollte eine solche Einigung nicht erzielt werden, so könnte das Schiedsgericht einen Spruch abgeben. Es ließe sich sogar die Frage aufwerfen, ob sich die Parteien nicht innerhalb gewisser Grenzen einem solchen Spruch im voraus freiwillig unterwerfen könnten. Wenn auch auf diesem Wege Verhandlungen und Kämpfe nicht vollständig ausgeschlossen werden, weil keine automatische Regelung erfolgt, so würde doch die häufigste und schwierigste Streitfrage: diejenige über die Höhe der Teuerung, ausgeschieden und damit der Wirtschaftsfrieden innerhalb der möglichen Grenzen besser gesichert werden.

*) Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse und des Problems der gleitenden Lohnskala überhaupt soll demnächst im „Reichsarbeitsblatt" erfolgen.

Theatertruppen zusammenschließen, die in den Londoner Vorstädten und in den kleineren Städten Großbritanniens Vorstellungen geben sollen. Von allen überschüssigen Gewinnen müssen 40 Proz. an den Fonds abgeführt werden. Aehnliche Bestrebungen machen sich auch in Oesterreich geltend.

Wieviel Aerzte gibt es in Deutschland? Die genaue Zahl der Aerzte in Deutschland ist während des Krieges nicht festgestellt worden, und erst jetzt erscheint wieder ein Aerzteverzeichnis, das die Ziffern für 1921 angibt. Auf Grund dieses Verzeichnisses macht Sanitätsrat Prinzing in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" über die Zahl und Verteilung der Aerzte nähere Angaben. Nicht berücksichtigt sind das Memelgebiet, Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy und der preußische Teil des Saargebiets. Danach beträgt die Zahl der deutschen Aerzte 36 186, d. h. 5,99 auf 10 000 Einwohner. Im Jahre 1913, wo die letzte Aerztezählung vorher stattgefunden hatte, betrug die Zahl 24 135; sie ist also heute größer in dem erheblich verkleinerten Gebiet. Die Zahl der Aerzte ist so angewachsen durch die außerordentliche Menge von Studierenden, die ihre Prüfungen bestanden; die Zahl der **weiblichen** Medizinstudierenden hat sich seit 1913 weit mehr als **verdoppelt**. Was das Verhältnis der Aerzte zur Einwohnerzahl in den einzelnen deutschen Landesteilen angeht, so kommt innerhalb der Bezirke die größte Menge von Aerzten, nämlich 12,1, in Groß-Berlin auf 10 000 Einwohner. Hamburg steht mit 10,5 an zweiter Stelle, Lübeck mit 10,4 an dritter. Die kleinste Aerztezahl unter den Großstädten haben die Fabrikstädte des Rheinlandes und Westfalens. Immer mehr ausgebreitet hat sich das **Spezialistentum**; auch in den Klein- und Landstädten haben sich Fachärzte niedergelassen, so daß das Bedürfnis jetzt vollständig befriedigt ist.

Eine Bahn, die man nicht hört. Die Bevölkerung von Chicago, die unter dem Straßenlärm nicht weniger leidet als die Bewohner anderer Großstädte, verlangte bei dem Bau einer neuen Hochbahn, daß der Betrieb sich vollkommen geräuschlos abwickle. Die Ingenieure haben, wie in „Reclams Universum" berichtet wird, das schwierige Problem gelöst. Die Hochbahn, die von außen aussieht wie alle Hochbahnen, hat einen Unterbau erhalten, bei dem alle Hohlräume mit Beton ausgefüllt sind, so daß sie nicht als Resonanzböden wirken können. Das gleiche ist bei den Schienen der Fall. Die Pfeiler haben eine schalldämpfende Fundamentierung erhalten; ein geräuschloses Getriebe überträgt die Kraft des Motors auf die Räder des Wagens; zwischen den Wagen ist kein Spielraum gelassen. Die Probefahrten zeigten die vollkommene Geräuschlosigkeit dieser Bahn.

Der Streik und die Bühnen. Gespielt wird in **Theatern** mit eigener Lichtanlage oder in denen der Streik nicht eingetreten ist. Am Dienstag wollten Vorstellungen geben: das Deutsche Theater, die Kammerspiele, Berliner Theater, Königgrätzer, Komödienhaus, Lessing-, Deutsches Künstlertheater, Trianon-, Kleines, Residenz-, Intimes Theater, Kleines Schauspielhaus, Schloßparktheater. Ebenso setzten **Scala** und **Zirkus Busch** den Betrieb fort. — Von den **Lichtspieltheatern** spielen Ufapalast Zoo, Tauentzienpalast, Mozart-Saal, U.T. Nollendorfplatz und U.T. Schöneberg. (Ohne Verbindlichkeit.)

Eine Musikschlacht. In **Wien** kam es am Montag im philharmonischen Konzert bei der Aufführung der Herbst-Symphonie von Josef Marx zu großen Skandalen. Die Gegner des Marx schrien, zischten und pfiffen auf Hausschlüsseln. Es kam zwischen den streitenden Teilen sogar zu Tätlichkeiten. Schließlich behielten die Anhänger Marxens die Oberhand.

Die Justiz berichtigt.

Vor einiger Zeit berichteten wir über die Verurteilung unseres Genossen Lehmann in Frankfurt a. d. O. wegen Beleidigung des Offizierkorps. Hierzu übersendet uns der Landgerichtspräsident von Frankfurt folgende Berichtigung:

Die Nr. 42 des „Vorwärts" vom 25. Januar d. J. bringt unter der Ueberschrift „Der kronprinzliche Harem" eine Besprechung der Strafkammerverhandlung gegen das frühere Mitglied der Schriftleitung des „Frankfurter Volksfreundes" Lehmann wegen Beleidigung des Offizierkorps. Es wird darin berichtet über die von der Verteidigung gestellten Wahrheitsbeweisanträge — daß in der Hauptverhandlung nicht „über 1500 Zeugen", sondern nur gegen 20 Zeugen für die Zustände in der Etappe benannt worden sind, sei nur nebenher erwähnt —, und es werden daran folgende Sätze geknüpft:

„Das Gericht hatte eine heilige Scheu, in diese Beweisaufnahme einzutreten, die so ganz und gar nicht der Absicht der Anklage entsprochen hätte, das Offizierkorps in Schutz zu nehmen. Es wußte sich zu helfen, indem es sämtliche vom Verteidiger gestellten Beweisanträge kurzerhand als wahr unterstellte."

Der Bericht schließt:

„Bezeichnend an der Sache ist, wie das Gericht die Erhebung eines ihm peinlichen Beweises vermeidet, indem es alle Behauptungen des Angeklagten als wahr unterstellt, diesen dann aber trotzdem verurteilt!"

Die Angabe, daß das Gericht aus außerhalb der Sache liegenden Gründen eine „Scheu" gehabt habe, in die Beweisaufnahme einzutreten, daß die Beweiserhebung ihm „peinlich" gewesen sei und es sich durch die Als-wahr-Unterstellung „zu helfen gewußt" habe, ist tatsächlich unrichtig. Es kam vielmehr, wie der Vorsitzende in der Urteilsbegründung ausdrücklich und eingehend hervorhob, für das Gericht in diesem Prozeß gar nicht darauf an, was von den unter Beweis gestellten Tatsachen richtig oder unrichtig war. Denn nur drei Offiziere hatten Strafantrag gestellt, nur um die Beleidigung dieser drei Offiziere handelte es sich, und ob andere als diese drei, also z. B. der Kronprinz sich im Kriege einwandfrei benommen hatten oder nicht, war für diesen Prozeß ganz gleichgültig und daher nicht nachzuprüfen. Die sämtlichen gestellten Beweisanträge waren daher als **für diesen Prozeß** unerheblich abzulehnen. Diese Ablehnung ist geschehen in der in solchen Fällen prozessual üblichen Form, daß die unter Beweis gestellten Tatsachen „für diesen Prozeß als wahr unterstellt" wurden; d. h. es wurde dem Angeklagten damit zugesagt, daß die Urteilsfällung zu seinen Gunsten so ausfallen werde, als ob die behaupteten und unter Beweis gestellten Tatsachen wahr wären. Eine solche Zusage konnte das Gericht geben, weil es ja nach dem Gesagten auf die Wahrheit der aufgestellten Behauptungen für die vorliegende allein zur Aburteilung stehende Strafsache gar nicht ankam. Darüber, ob irgendeine der behaupteten Tatsachen — Harem des Kronprinzen usw. usw. — wahr oder aus der Luft gegriffen sei, hatte das Gericht bei der vorliegenden Sachlage überhaupt kein Urteil zu fällen. Aus **diesem** Grunde, und nicht aus irgendeiner „Scheu" vor einer ihm „peinlichen" Beweisaufnahme, hat es die gestellten Beweisanträge in der prozessualen Form der Als-wahr-Unterstellung abgelehnt.

Unterschrift (unleserlich).

Zu dieser Berichtigung bemerken wir: Die Beweisführung des Herrn Landgerichtspräsidenten geht von der falschen und ganz willkürlichen Voraussetzung aus, daß es sich bei dem Gegenstand der Anklage um die Beleidigung **dreier bestimmter Offiziere** gehandelt hätte. Davon kann aber nicht die Rede sein. Der angeklagte Redakteur hatte geschrieben, daß hinter der Front eine „saufende und fressende **Offiziermeute**" geschwelgt hätte. Er hat weder behauptet, daß **sämtliche** Offiziere geschwelgt hätten, noch daß **gerade die drei** Offiziere, die Strafantrag gestellt hatten und dem Angeklagten persönlich **völlig fremd** waren, sich speziell unter den Schwelgenden befunden hätten. Deshalb konnte und durfte u. E. ein objektiv vorgehendes Gericht den Wahrheitsbeweis nicht auf die Person der drei Antragsteller beschränken. Denn damit wurde dem Angeklagten zugemutet, **etwas ganz anderes** zu beweisen, als er tatsächlich behauptet hatte. Statt der von ihm behaupteten **allgemeinen Mißstände** sollte er jetzt plötzlich ein Verschulden dreier bestimmter, zufällig herausgegriffener Personen nachweisen. Aus welchen Motiven die betreffenden Richter gehandelt haben, können wir mit Sicherheit ebensowenig feststellen, wie der Herr Landgerichtspräsident, da weder wir noch er einen Blick in die Brust der beteiligten Richter tun können. Deshalb wollen wir über die Motive nicht streiten. Die **Tatsache** bleibt jedenfalls bestehen, daß dem Angeklagten die Führung des Wahrheitsbeweises mit einer Begründung verweigert worden ist, die dem logischen Denken in dem elementaren Rechtsgefühl nicht standhalten kann. Was die Zahl der Zeugen anbetrifft, so ist es richtig, daß der Angeklagte von 1500 Zeugen, die sich ihm zur Verfügung gestellt hatten, zunächst nur 20 benannt hat, da die Benennung weiterer Zeugen zwecklos war, ehe nicht über die **prinzipielle Frage der Zulassung des Beweises** entschieden war.

Wofür Bayern Geld hat. Aus München meldet WTB.: Der Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtags nahm den Antrag der Staatsregierung auf Errichtung einer **bayerischen Gesandtschaft in Stuttgart** an. Dagegen stimmten die sozialistischen Parteien, ebenso gegen eine bayerische Gesandtschaft beim **Vatikan** und gegen eine bayerische Gesandtschaft in **Berlin**.

Bei der Technischen Nothilfe.

Ein Mitglied unserer Redaktion, das Gelegenheit hatte, die Technische Nothilfe in verschiedenen Betrieben während der Arbeit zu besichtigen, faßt seine Eindrücke folgendermaßen zusammen:

Mein Weg führte mich zunächst in das **Elektrizitätswerk von Rummelsburg**. Hier wurde die Notstandsarbeit von 20 Nothelfern in Angriff genommen, von denen sich die Mehrzahl allerdings als unbrauchbar erwies, so daß man das Personal austauschen mußte. Weiter war es schwierig, bei den erkalteten Werken die Instandsetzungsarbeiten zu verrichten und sich mit der diffizilen Maschinerie vertraut zu machen. Trotzdem gelang es in kurzer Zeit, **von den 26 Kesseln 3 in Gang zu bringen** und bereits gestern morgen konnten die Krankenhäuser mit Strom versorgt werden. Weiter nahm man in Aussicht, zunächst den Großbäckereien Strom zuzuführen und dann Straßen- und Hausbeleuchtung wieder zu ermöglichen. Die Nothelfer, die in den verschiedensten Lebensaltern stehen, gehen im allgemeinen mit Energie und Opfermut an ihre Arbeit und haben sich für ihre kurzen Ruhepausen in Noträumen ein Strohlager zurechtgemacht, während sie die eigentlichen Räume der städtischen Arbeiter verschlossen und versiegelt haben, um den Verdacht zu vermeiden, hier einen irgendwie gewalttätigen Besuch abzustatten. Die Belegschaft steht unter Aufsicht eines erfahrenen **Oberingenieurs** und setzt sich nicht nur aus Studenten und Leuten bürgerlichen Berufs, sondern auch aus **Arbeitern** zusammen.

Auf dem **Lehrter Bahnhof** sieht es, wie zu erwarten war, nicht ganz so erquicklich aus. Hier ist die Aufrechterhaltung auch eines **Not**betriebes ohne die Mitwirkung einiger erfahrener Beamter nicht denkbar. Besonders die Stellwerke mit ihren weit verzweigten Schalttafeln können ohne die Aufsicht eines Mannes, dem die Handhabung seit langem zur Gewohnheit wurde, nicht benutzt werden. Im ganzen ist der Lehrter Bahnhof von ungefähr **600 Nothelfern** besetzt, allerdings hat man weitere Gruppen nach Wusterhausen, Spandau, Nauen, Fürstenbrunn, Seegefeld, Moabit und Beusselstraße abgegeben. Die Belegschaften, die hier lagern, sind nicht ganz so sorgfältig zusammengesetzt wie im Rummelsburger Elektrizitätswerk. Man hatte einen Streik der Eisenbahnbeamten für unmöglich gehalten und war infolgedessen auf eine Uebernahme von Notstandsarbeiten im Eisenbahnbetrieb nicht vorbereitet. Immerhin behilft man sich hier so gut wie es geht und Tatsache ist, daß die **Versorgung mit lebenswichtigen Zügen** notdürftig aufrechterhalten wird. Der Fernverkehr stockt jedoch fast vollständig und was den Verkehr auf der Ringbahn anbelangt, so sollen zwar in den Richtungen nach Charlottenburg und Schlesischen Bahnhof in regelmäßigem zweistündigen Abstand Züge verkehren, aber es ist doch wohl zu optimistisch, wenn man diese Züge Personenzüge tauft. **An Lohn** erhält in der Nothilfe, wie mir gesagt wurde, ein Nothelfer in verantwortlicher Stellung 12 M., ein gelernter Arbeiter ebensoviel, ein Spezialarbeiter 9,50 M. und ein ungelernter Arbeiter 6,50 M. pro Stunde. Im Bereitschaftsdienst werden 6,50 Mk. pro Stunde bezahlt, während auf jede Stunde, in der über 8 Stunden hinaus Dienst getan wird, ein Aufschlag von 50 Proz. kommt. Außerdem erhält jeder Nothelfer ein Verpflegungsgeld von 30 M. pro Tag. Ursprünglich hatte man Naturalverpflegung eingeführt, jedoch hat sich dieses System nicht bewährt. Wie mir versichert wurde, wird es stets schwierig bleiben, bei einem Streik von Eisenbahnbeamten einen geordneten Notverkehr aufrecht zu erhalten. Wiederholen sich derartige Streiks in kürzeren Abständen, so müßte das zu einem Zusammenbruch unseres staatlichen Eisenbahnsystems führen.

Besonders interessant war es, das **Spandauer Wasserwerk** unter der Betriebsleitung der Nothilfe in Augenschein zu nehmen. Hier besteht die Belegschaft aus einigen 40 Mann, fast alles junge Leute, die von der Technischen Hochschule kamen oder aus kaufmännischen Berufen stammen. Wie überall, stehen an der Spitze des Notbetriebes ein **kaufmännischer Leiter**, dem die Verpflegungs- und Verrechnungsarbeiten obliegen, und ein **technischer Oberleiter**, der für den Betrieb zu sorgen hat. Die Nothelfer in Spandau erwiesen sich zunächst als für den praktischen Dienst sehr unerfahren, so daß der leitende Ingenieur vollauf zu tun hatte, um den Teilbetrieb in Gang zu bringen. Aber die Mannschaft hat sich schnell eingearbeitet, so daß es seit Montag möglich ist, für einen Wasserstand zu sorgen, der dem der normalen Zeiten um nichts nachsteht und zeitweise sogar etwas größer war.

Sieht man sich auf der **Werbestelle für die Nothilfe** um, dann muß es auffallen, daß gerade der Andrang von **Arbeitern** zunimmt. Das sollte zu denken geben. Gewiß hat die Technische Nothilfe diesmal hie und da versagt, aber dieser Streik war das beste Anschauungsmaterial für die Organisation, und ihre technische Bereitschaft wird sich von Streik zu Streik erhöhen. An der Arbeiterschaft ist es, daraus ihre Folgerungen zu ziehen und dafür zu sorgen, **daß künftighin Streiks in lebenswichtigen Betrieben nach Möglichkeit vermieden werden.**

Die wasserscheue Reichsmarine.

Eine Anfrage unserer Genossen im Reichstag beschäftigte sich mit einem charakteristischen Vorgang bei der Minensuchflottille. Am 1. Januar sollte in Wilhelmshaven der **Flaggenwechsel** stattfinden, der Ersatz der bisher noch geführten alten durch die neue Reichsflagge. Bei der Minensuchflottille wurde nun die alte Reichsdienstflagge unter den üblichen Ehrenbezeugungen niedergeholt. Nachdem dies geschehen war, wurde „**Wegtreten**" kommandiert, die Mannschaft **unter Deck geschickt** und dann erst die neue Flagge **ohne** Ehrenbezeugung aufgezogen.

Die Antwort des **Reichswehrministers** auf die Anfrage weist starke Aehnlichkeit auf mit der Erklärung des **preußischen Justizministers** zu der Urteilsausfertigung „Im Namen des Pöbels". Statt der bündigen Erklärung, daß eingeschritten worden sei, werden hier wie dort die Schuljungenausreden der Schuldigen den Fragestellern als angeblicher Tatbestand vorgesetzt. Das Wegtreten der Mannschaften sei erfolgt, weil es stark geregnet hätte! Da bis zum Hissen der neuen Flagge **noch fünf Minuten** gewartet werden mußte, hätte der Kommandant die Mannschaften entlassen, zumal sie durch ein Versehen zu früh angetreten seien.

Nein, diese Menschenfreundlichkeit! Daß vor dem Niederholen der alten Flagge die Mannschaften durch zu frühes Antreten **eine Viertelstunde ganz zwecklos** im Regen stehen mußten, dagegen hatte die väterliche Fürsorge des Kommandanten nichts einzuwenden. Aber für die fünf Minuten bis zum Hissen der neuen Flagge langte es dann nicht mehr. Von der Marine, die den Kampf mit Wind und Wogen aufnehmen soll, hätte man eigentlich etwas weniger Wasserscheu erwartet.

Aber im Ernst: Glaubt der Herr Reichswehrminister, daß dies eine Art ist, Anfragen **sachlich** zu beantworten? Selbst die Presse **seiner eigenen** Partei lacht ihn wegen dieser Antwort aus. Der Reichstag kann sich etwas Derartiges **unmöglich bieten lassen**.

Der Kampf um die Festung Seehof u. Co. Rechtsanwalt **Kurt Rosenfeld** sendet der „Freiheit" eine Zuschrift, in der er darzulegen sucht, daß er nicht berechtigt gewesen sei, trotz der gerichtlichen Verfügung die Schlüssel der Buchhandlung Seehof u. Co. an den bisherigen Inhaber Laub herauszugeben. Da die Schlüsselangelegenheit nicht so weltbewegend ist, um bei der jetzigen Papierknappheit eine größere Raumverwendung zu rechtfertigen, registrieren wir nur den Inhalt der Erklärung, ebenso, daß die „Freiheit" Rosenfelds Behauptungen nicht überzeugend findet.

Gewerkschaftsbewegung

Adam Drunsel †.

Der Zentralvorsitzende des Verbandes der Töpfer, Genosse Adam Drunsel, ist am Sonntag nach kurzem Leiden gestorben. Geboren am 18. Oktober 1863 zu Würzburg, finden wir ihn im Jahre 1887 an der Spitze des Fachvereins seines Berufes in Chemnitz, später in Dresden, wo er bald Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins Dresden-Neustadt wurde. In seiner Organisation, wie in der Zentralkranken- und Sterbekasse der Töpfer bekleidete er die verschiedensten Posten, bis er im Juni 1889 als Vorstandsvorsitzender und zugleich als Redakteur des Verbandsorgans gewählt wurde.

Mit Adam Drunsel ist wieder einer von der alten Garde dahingegangen, denen Partei und Gewerkschaften eins war.

Die Genossen des 5. Kreises, insbesondere die der 33. Abteilung im Stralauer Viertel, rühmen ihm nach, daß er der Sozialdemokratie allezeit treu geblieben und den jüngeren Genossen stets ein leuchtendes Vorbild war. Gleich seinen Verbandskollegen in Berlin und im Reiche, werden ihm auch seine Parteigenossen ein ehrendes Andenken bewahren, wie es sich Adam Drunsel um die Arbeitersache redlich verdient hat.

Jugendgenossinnen! Jugendgenossen!

Wir fordern Euch auf, an den Kursen der Betriebsräteschule teilzunehmen.

Die Betriebsräteschule betrachtet es als ihre Aufgabe, wirtschaftliche Bildungsarbeit innerhalb der organisierten Arbeiterschaft zu leisten. Sie will den Kollegen alle die Kenntnisse vermitteln, die sie zur Führung des Klassenkampfes auf dem Gebiete der Wirtschaft benötigen. Die bisher von der Arbeiterschaft errungenen Rechte gilt es für sie nutzbar zu machen und für die Zukunft auszubauen. Dies ist nur möglich bei genauer Kenntnis des modernen Arbeitsrechts, vor allem aber des Aufbaues unserer Volkswirtschaft und ihrer weltwirtschaftlichen Zusammenhänge. Von gleicher Bedeutung sind die Gebiete der Privat- und Betriebswirtschaft, das Wissen von der inneren Struktur der modernen Unternehmungen.

Der Lehrplan der Schule umfaßt 55 Kurse und ist derart gegliedert, daß jugendliche Anfänger ohne Vorkenntnisse, von den Einführungskursen ausgehend, sich gründliche Kenntnisse der großen Spezialgebiete aneignen können. Für die Kursusauswahl weisen wir die Jugendgenossen auf unsere Lehrberatungs-Sprechstunden hin, die, außer in den Bureaustunden, Montags und Freitags von 4—7 Uhr stattfinden. Hörerkarten zum Preise von 10 M. (für Arbeitslose unentgeltlich) sind im Bureau der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Abteilung Betriebsräteschule, Berlin SO, Engelufer 24/25, 2. Hof I. erhältlich.

An die Jugendgenossinnen und -genossen wenden wir uns vor allem deshalb, weil es Aufgabe der Jugendbewegung ist, Vorkämpfer für den politischen und wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterschaft zu stellen. Der Weltkrieg und seine für die Arbeiterklasse so folgenschweren Nachwirkungen haben uns gezeigt, daß Politik und Wirtschaft nicht voneinander zu trennen sind. Nur der wird im politischen Kampf seinen Mann stehen können, der politischen Weitblick und Einsicht in die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens miteinander verbindet. Darum rufen wir der proletarischen Jugendbewegung zu: Nehmt Teil an unserer Arbeit und erwerbt Euch so die notwendige wirtschaftliche Schulung. Eure Kräfte erfolgreich für die Zukunft der Arbeitnehmerbewegung einzusetzen.

Betriebsräteschule
der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale.

Zur Praxis der „Deutschen Tageszeitung".

Die „Deutsche Tageszeitung" Nr. 48, brachte eine Notiz: „Aus der Geschäftspraxis des Deutschen Landarbeiterverbandes." In Schlesien sei das Gerücht verbreitet, daß der sozialdemokratische Deutsche Landarbeiterverband vor längerer Zeit für seine sechs Mitglieder in der Gemeinde Komösle für etwa 1½ Millionen Mark Textilwaren aus der Reichs-Textilnotstandsversorgung bezogen habe, die von einem Herrn Lublinski bezahlt und an den zu den Polen übergegangenen Grafen von Oppersdorf nach Polen verschoben worden sind. Von deutschnationaler Seite sei eine entsprechende Anfrage an den Reichskanzler gerichtet worden.

Der Deutsche Landarbeiterverband hat niemals Waren von der Reichs-Textilnotstandsversorgung (TNV.) bezogen, die von einem gewissen Lublinski bezahlt worden wären. Lublinski ist ein Gutsbesitzer im Kreise Neumarkt, der eine Ein- und Verkaufsgenossenschaft in Komösle gründete und als deren Geschäftsführer wirkte. In dieser Eigenschaft hat L. es verstanden, große Mengen von Waren unter Vorspiegelung falscher Tatsachen von der TNV. zu beziehen. Das Geschäftsgebaren ist heute Gegenstand einer strafrechtlichen Untersuchung, die noch nicht abgeschlossen ist. L. soll, nachdem die Genossenschaft aufgelöst war, Urkundenfälschung vorgenommen haben, indem er außer seinen Namen selbst noch einen Namen eines Vorstandsmitgliedes unter Anträge an die TNV. gesetzt hat.

Es ist eine Unverschämtheit der „Deutschen Tageszeitung", ihrer Notiz den Satz: „Aus der Geschäftspraxis des Deutschen Landarbeiterverbandes" voranzustellen. Der Gutsbesitzer Lublinski gehört viel eher zu den Klassengenossen der „Deutschen Tageszeitung". Sie sollte also in den Reihen ihrer Freunde bemüht sein, Unredlichkeiten zu bekämpfen. Arbeit wird sie genügend finden.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

§§ 84 Absatz 2 und 86 Absatz 2 BRG. Auch bei vertraglichem Kündigungsausschluß kann im Falle der Kündigung aus einem wichtigen Grund Aussetzung des Verfahrens vor dem Schlichtungsausschuß beantragt werden. Diese Ansicht vertritt Gerichtsassessor Dr. Ernst Schäfer, Berlin, in der „Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht", Heft 11/12, vom Dezember 1921, Seite 546—554. Wir lassen die beiden letzten Abschnitte des Artikels nachstehend folgen:

„Auch bei vertraglichem Kündigungsausschluß muß daher der Schlichtungsausschuß das Verfahren aussetzen, wenn der Arbeitgeber die Entlassung auf einen wichtigen Grund stützt und wenn eine Partei die Aussetzung beantragt. Die Feststellungsklage, die der Arbeitgeber dann bei dem Gericht erhebt, ist zulässig. Der Arbeitnehmer seinerseits könnte zwar, wie zu 1 anerkannt, keine Leistungsklage erheben. Dagegen hat er auch seinerseits ein rechtliches Interesse an der alsbaldigen Feststellung des Nichtbestehens jener besonderen Rechtslage, da nur bei Nichtvorliegen des wichtigen Grundes der Einspruch durchgreifen kann. Somit kann er auch seinerseits die Feststellungsklage erheben.

Besteht kein Kündigungsausschluß, so kann bekanntlich bei fristloser Entlassung schon vor Einleitung des Schlichtungsverfahrens bei Gericht geklagt werden, wie dies denn auch der § 88 Abs. 2 Satz 1 als möglich voraussetzt. (Aussetzung, wenn ein gerichtliches Verfahren „anhängig ist".) Besteht Kündigungsausschluß, so wird die Zulässigkeit der Feststellungsklage nur in Hinblick auf das etwa noch mögliche Einspruchsverfahren zu bejahen sein. Ist z. B. die Einspruchsfrist des § 84 Abs. 1 und auch die Wiedereinsetzungsfrist (§ 90 BRG. in Verbindung mit den Ausführungsbestimmungen vom 5. 6. 1920) versäumt, so erscheint die Feststellungsklage unzulässig, da in diesem Falle die privatrechtliche Wirkung der Entlassung allerdings die gleiche unabänderliche ist, gleichviel, ob außer dem Kündigungsausschluß ein wichtiger Entlassungsgrund gegeben war oder nicht."

Deutscher Transportarbeiterverband. Branche 34 (Kurz-, Galanterie- und Spielwaren): Mittwoch abend 6½ Uhr bei Künisch, Inselstr. 10, Gruppenversammlung. Bericht der Lohnkommission. — Branche 37 (Alt-Metall): Donnerstag nachm. 6½ Uhr bei Fenske, Melchiorstr. 15, Gruppenversammlung. Bericht der Lohnkommission. — Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus den Engrosbetrieben der Herren-, Knaben- und Burschenkonfektion, Gummimäntel, Phantasiewesten sowie Berufskleidung: Donnerstag nachmittag 5 Uhr im Lokal von Karl Witte, Tolsstr. 29, Gruppenversammlung. — Branche Graphisches Gewerbe, Gruppe C., Briefumschlag- und Papierausstattung: Donnerstag nachmittag 5 Uhr im Lokal von Müller, Stralauer Str. 33, Gruppenversammlung. **Bericht über die Lohnverhandlung.**

Wirtschaft

Zur Erneuerung des Kohlensyndikats.

Die Erneuerung des Syndikatsvertrages des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats hat satzungsgemäß am 31. März d. J. zu erfolgen. Da es sich um das für die Steinkohlenerzeugung wichtigste Syndikat handelt, nimmt seine Erneuerung besonderes Interesse in Anspruch, zumal während der letzten Jahre in der Kohlenwirtschaft grundlegende Veränderungen erfolgt sind. Einmal wurde durch Reichsgesetz die gemeinwirtschaftliche Organisation des gesamten Kohlenbergbaues bestimmt, wobei sämtliche Zechen zu Zwangssyndikaten zusammengefaßt wurden, in deren Verwaltung auch Arbeitnehmervertreter einbezogen wurden. Die gesamte Kohlenwirtschaft wurde dem Reichskohlenrat unterstellt, der sich paritätisch aus Vertretern der Werke, der Arbeiter, und aus Verbrauchern zusammensetzt. Wurde so die horizontale Organisation des Bergbaues gesetzmäßig fest-

---

Streikende Gemeindearbeiter!

Heute früh 7½ Uhr finden in den Betrieben der städtischen Werke und der Gas-Betriebsgesellschaft Versammlungen der Streikenden statt.

Tagesordnung:

Berichterstattung über den Stand der Bewegung mit anschließender Urabstimmung.

Alle streikenden Kollegen haben dort zu erscheinen.

Die Obleute der städtischen Betriebe.

---

gelegt, so erfolgte auf der anderen Seite eine starke Verknüpfung der einzelnen Kohlenzechen mit der weiterverarbeitenden Industrie, insbesondere mit der Schwerindustrie, so daß die Zahl der reinen Zechen immer mehr zurückgegangen ist. Aber selbst diese erzielen ihre Profite nicht allein aus der Kohlenförderung, sondern auch aus der Kohlenverarbeitung, besonders aus der Verkokung, bei der hochwertige chemische Nebenprodukte abfallen.

Im Kohlensyndikat machen sich nun Bestrebungen geltend, um bei der Neubildung des Vertrages die veränderten Verhältnisse ausreichend zu berücksichtigen. Einmal verlangen die reinen Zechen eine gewisse Sicherstellung ihres Koksabsatzes; zum anderen aber verfolgt die Thyssen-Gruppe die Absicht, zwischen Zechen und Verbrauchern direkte Beziehungen herzustellen, so daß für den Selbstverbrauch der Hüttenzechen sowohl, wie für die freie Verfügung der Kohlenzechen insbesondere da, wo mit verwandten Industrien Interessengemeinschaftsverträge bestehen, besondere Vorbehalte gemacht werden sollen. Die Werke würden nicht mehr wie bisher von der Kohlenverteilung durch das Syndikat abhängig sein, sie würden in recht weitgehender Weise über die Kohle selbst verfügen können. Man würde also den Gedanken der Vertikalkonzentration, der sich in der Montanindustrie praktisch in großem Umfange durchgesetzt hat, mit dem Gedanken der Horizontalkonzentration verknüpfen.

Es ist noch fraglich, ob die Interessengegensätze, wie sie bei Vertragserneuerungen der Verbände üblich sind, bereits bei der bevorstehenden Neubildung des Kohlensyndikats zum Austrag kommen. Hemmend steht dem entgegen, daß infolge der gegenwärtigen Kohlenknappheit an eine Aufhebung der Kohlenzwangswirtschaft vorläufig nicht zu denken ist. Andererseits bestimmt auch das Gesetz über die Kohlenwirtschaft die automatische Verlängerung des Syndikates ohne Rücksicht darauf, ob eine Einigung unter den Interessenten zustande kommt. In den vorläufigen Auseinandersetzungen zeigt sich aber bereits ein Gegensatz, der sich früher oder später verschärfen muß, je stärker die Vertikalkonzentration fortschreitet. Die Reichsregierung wird daher gut tun, auch wenn sie jetzt eine Abänderung des gegenwärtigen Vertrags aus wirtschaftlichen und politischen Gründen ablehnen muß, sich auf diese Tendenz einzustellen und diejenigen gemeinwirtschaftlichen Maßnahmen vorzubereiten, die es ermöglichen, auch bei weiterem Fortschreiten der Vertikalkonzentration das Verfügungsrecht der Allgemeinheit über die Kohlenschätze, insbesondere aber die gemeinwirtschaftliche Ausgestaltung des bestehenden Kohlenwirtschaftsgesetzes durchzuführen.

Die Börse macht sich nichts daraus. Ueber die großen Streikbewegungen in Berlin und im Reiche hat sich die Berliner Börse bereits hinweggesetzt. Gestern herrschte am Effektenmarkte feste Grundtendenz. Die Devisenkurse stehen nicht wesentlich anders wie am Beginn des Streiks. Gestern wurde der Dollar amtlich mit 201,79 notiert, nachdem er vorgestern auf 202,79 gestanden hatte. Auch die übrigen Devisen waren leicht abgeschwächt; so notierten z. B. 100 holl. Gulden 7517,45 (vorgestern 7567,40), 1 Pfund Sterling 875,10 (880,10), 100 französische Franken 1699,25 (1704,25) und 100 Schweizer Franken 3943,55 (3986,—) Mark.

Zur Leipziger Messe werden Waren befördert. Nach einer dem Leipziger Meßamt zugegangenen amtlichen Mitteilung sind die Eisenbahnverkehrsstellen angewiesen worden, Meßgüter für die Leipziger Messe auf dem Her- und Rückwege trotz der etwa bestehenden Verkehrsbeschränkungen anzunehmen und zu befördern.

Aus dem Stinnes-Konzern. Die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft gibt ihren Geschäftsbericht über das Ende Dezember v. J. vollendete Geschäftsjahr bekannt. Wie darin betont wird, besteht die besondere Bedeutung des abgelaufenen Geschäftsjahres in der Erweiterung der zwischen Deutsch-Luxemburg und Gelsenkirchen bestehenden Interessengemeinschaft durch Hinzutreten der Siemens u. Halske A.-G. und der Elektrizitäts A.-G. vorm. Schuckert u. Co. Nürnberg, sowie in dem Abschluß einer Interessenvereinigung mit dem Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation in Bochum. Schon die kurze Zeit des Bestehens dieser Vereinigungen habe den Beweis erbracht, daß die zusammengeschlossenen Werke mit der Verbindung ihrer die Rohstoffe bis zur Verfeinerung verarbeitenden Betriebe insofern auf dem richtigen Wege gewesen sind, als die Möglichkeit wirtschaftlicheren Arbeitens nicht nur den Beteiligten, sondern auch der gesamten deutschen Wirtschaft durch Ersparnisse am Volksvermögen bedeutende Vorteile gebracht habe. Den Arbeitnehmern sei die Gewährleistung einer größeren Stetigkeit, die in den nur unwesentlich schwankenden, gestiegenen Belegschaftsziffern ihren Ausdruck fand, in hohem Maße zugute gekommen. Die Kohlenförderung erfuhr insgesamt eine 10 prozentige Steigerung und betrug 8,2 Mill. Tonnen.

Die Konzentration in der Zuckerindustrie. Die Generalversammlung der Zuckerraffinerie Halle beschloß den Verkauf des Unternehmens an einen Konzern von Rohzuckerfabriken, und zwar in der Weise, daß für jede Aktie der Zuckerraffinerie 1000 Proz. zu zahlen wären. In der Sitzung gab es einen mehrstündigen Streit darüber, ob dieser Preis auch ausreichend sei; eine Opposition verlangte einen höheren Kurs, so daß die Zuckerfabriken ihr Angebot auf 1012 Proz. erhöhten. Nach einer Erklärung der Verwaltung war, wenn auch dieses Angebot ausgeschlagen würde, die Raffinerie von dem Boykott ihrer Rohzuckerlieferanten bedroht. Daraufhin wurde der Beschluß gegen eine Minderheit, die ihren Protest zu Protokoll gab, gefaßt.

Der Goldschatz der Tschechoslowakei. Bei der Errichtung des tschechoslowakischen Staates eröffnete die Regierung einen Fonds zu dem Zweck, eine Goldreserve für die tschechische Regierung zu schaffen. Die bis jetzt abgelieferten Spenden an Gold, Juwelen und wertvollen Kunstgegenständen haben einen Wert von 22 Millionen tschechischen Kronen.

Eine russische Lederausfuhrgesellschaft. Das Präsidium des allrussischen Sowjets für Volkswirtschaft bestätigte das Projekt der Gründung einer neuen großen Aktiengesellschaft für Ausfuhr von Rohleder. Als Anfangskapital wurden 15 Millionen Goldrubel bestimmt.

Internationale Genossenschaftsvertreter in Sowjetrußland. Am 20. Februar trifft in Moskau eine internationale Genossenschaftsabordnung, bestehend aus Vertretern Frankreichs, Belgiens, der Schweiz, der Tschechoslowakei, des internationalen Genossenschaftsverbandes und der internationalen Großeinkaufsgenossenschaft, ein, die mit den russischen Genossenschaften Handelsbeziehungen anknüpfen will.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Donnerstag, den 9. und Freitag, den 10. Februar, nachm. 5 Uhr, in der Aula der Sophien-Schule, Weinmeisterstr. 16/17, große öffentliche Versammlung aller Beamten und Angestellten der Groß-Berliner Feuerwehr. Tagesordnung: Der wirtschaftliche Untergrund der Politik der Sozialdemokratie. Referent Landtagsabgeordneter Osterroth. Freie Aussprache. Es wird dringend gebeten, auch die Frauen in die Versammlung mitzubringen. Der Bezirksvorstand der SPD.

Mittwoch, den 8. Februar:

13. Abt. Mitgliederversammlung nicht in der Gotenburger Straße (Graue Schule), sondern bei Ballschmieder, Badstr. 19.

33. Abt. 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Hohenlohestr. 10. Referent Max Groger. Thema: „Görlitz — Leipzig".

38. Abt. 7½ Uhr große Funktionärversammlung bei Gohlke, Friedrichsberger Straße 22. — Die Abteilungsversammlung findet am Mittwoch, den 15. Februar, im Lokal Peters (Nachf.), Große Frankfurter Str. 41/42, statt. Näheres wird noch bekanntgegeben.

46. Abt. 7½ Uhr bei Leister, Cuvrystr. 11. Der Abteilungsvorstand trifft sich dort eine Stunde früher, desgleichen der Bezirkskassierer.

53. Abt. Charlottenburg. 7½ Uhr Abteilungsversammlung bei Zapf, Ufnaustraße 6. Thema: „Weltliche und Gemeinschaftsschule". Referent Brieger. „Vorwärts"-Leser und Gäste willkommen.

Wilmersdorf. 69. Abt. 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Umlang, Giesebrechtstraße 27. Vortrag: „Feuerbestattung". Ferner Aussprache über die augenblickliche Lage. Erscheinen aller Mitglieder Pflicht. — **71. Abt.** 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Ruhr, am Stadtpark, Kaiserallee 31/32. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Schöneberg. 79. Abt. Pünktlich 8 Uhr Zahlabende in folgenden Lokalen: 1. Bezirk bei Arndt, Bautzener Str. 10. Referent Schulz. 2. Bezirk bei Rosenau, Hohenfriedberg-, Ecke Kolonnenstraße. 3. Bezirk bei Nitsch, Siegfriedstraße 9. 4. Bezirk bei Groß, Sedanstr. 17. 5. Bezirk bei Schellhase, Cheruskër-, Ecke Leuthenstraße. Referent Kellert. 6. Bezirk bei Reißner, Gotenstr. 35. Referent Löffler. 7. Bezirk bei Eichholz, Sedanstr. 48. 8. Bezirk bei Hommel, Sachsendamm, Ecke Gotenstraße. 9. Bezirk (Lindenhof) bei Fintel, Bessemerstraße. — **80. Abt.** 7½ Uhr Zahlabende: 1. und 3. Bezirk bei Görlich, Ecke Rubens- und Begasstraße. Vortrag des Genossen Mendel. 2. Bezirk bei Löhn, Rubensstr. 49. Vortrag des Genossen Dr. Foth.

82. Abt. Steglitz. 8 Uhr bei Clement Sitzung des Vorstandes, der Bezirksführer, Kassierer und Ausschußvorsitzenden. Erscheinen Pflicht.

Neukölln. 82. Abt. 7½ Uhr Zahlabende: 14. und 29. Bezirk bei Bloch, Elsen-, Ecke Harzerstraße; 27. und 32. Bezirk bei Ewald, Elbestr. 32; 28. und 33. Bezirk bei Werener, Elbe-, Ecke Schambauer Straße; 31. und 44. Bezirk, 45. und 55. Bezirk bei Lippert, Rosegger-, Ecke Weserstraße; 46. und 59. Bezirk bei Dohle, Mittelweg 109; 72. und 73. Bezirk bei Schneider, Rosenstr. 7. — **83. Abt.** 8 Uhr Zahlabende: 30. und 57. Bezirk bei Beier, Treptower Str. 33; 56. Bezirk bei Roppelt, Kaiser-Friedrich-Str. 171/172; 58., 61. und 85. Bezirk bei Hoffmann, Herrfurthstraße; 82. Bezirk bei Reuter, Kaiser-Friedrich-Str. 143; 83. und 97. Bezirk bei Amelungsen, Schmarkstr. 1; 84. Bezirk bei Günkel, Morusstr. 17; 85. Bezirk bei Dyhle, Schönweider Str. 5; 86. und 98. Bezirk bei König, Kanner, Ecke Elster Straße; 90. Bezirk bei Warnstädt, Thüringer Str. 22; Kölnische Heide: Donnerstag, den 9. Februar: Siedelung, Lokal Bärwinkel. — **95. Abt.** 7½ Uhr Zahlabende in folgenden Lokalen: 70. und 71. Bezirk bei Grieger, Lessingstr. 9; 74. und 75. Bezirk bei Gohlke, Hermannstr. 199; 61. und 62. Bezirk bei Lempe, Lessingstr. 16; 63. und 69. Bezirk bei Braun, Siebenstr. 33; 47., 53., 54. und 60. Bezirk bei Feit, Sieben-, Ecke Lessingstraße. — **96. Abt.** 7 Uhr bei Aßmus, Rogerstr. 37, Abteilungsversammlung. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl des Abteilungsvorstandes. Die Zahlabende der Abteilung fallen aus; kassiert wird in der Versammlung.

105. Abt. Adlershof. 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Rest. Eisleben (früher Wolf), Bismarckstr. 45 (nicht Schule Radickestr. 11).

118. Abt. Lichtenberg. 7 Uhr Zahlabende in folgenden Lokalen: Bezirk Wilhelmstraße: Kirke, Fennenstraße; Bezirk Siegfriedstraße: Ulrich, Bürgerheimstraße. Wichtige Tagesordnung. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen.

108. Abt. Köpenick. Die Versammlung findet mangels Heizung und Beleuchtung nicht statt.

125. Abt. Weißensee. Bezirkszahlabende in folgenden Lokalen: 1. und 2. Bezirk im Lokal Hardt, Lothringer Str. 39; 3. Bezirk im Lokal Wittkruck, Langhansstr. 62; 4. Bezirk bei Gawre, Lichtenberger Str. 8.

129. Abt. Pankow. 7½ Uhr Zahlabende. Gruppen 4, 5 und 6 beim Genossen Sinzemann, Ecke Grunow- und Schulstraße. Referent Mühlmann.

136. Abt. Reinickendorf-Ost. 8 Uhr Funktionärsitzung bei Lindner, Residenzstraße 120/121. Erscheinen aller Funktionäre und Ausschußmitglieder dringend notwendig.

Jungsozialisten. Gruppe Schöneberg-Friedenau: Donnerstag 7½ Uhr bei Groß, Sedanstr. 17. Vortrag: „Deutsche Meister". Referent Kurt Löffler.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr. Telephon Moritzplatz 121 68—121 10.

Mittwoch, den 8. Februar:

Die Vorträge fallen infolge des Streiks aus:

Bohnsdorf: Jugendheim Gemeindeschule Dahmestraße, Volkstanzabend. — **Friedrichshagen:** Jugendheim Scharnweberstr. 106a, Mitgliederversammlung. — **Kaulsdorf:** Jugendheim Gemeindeschule Adolfstraße, Mitgliederversammlung. — **Karlshorst-Süd:** Jugendheim Restaurant Sanssouci, Moltkestr. 1, Mitgliederversammlung. — **Lichtenberg:** Jugendheim Gemeindeschule Parkaue 10, Mitgliederversammlung. — **Prenzlauer Tor-Nord:** Jugendheim Gemeindeschule Senefelderstr. 6, Unterhaltungsabend. — **Köpenicker Viertel:** Jugendheim Gemeindeschule Wrangelstr. 128, Unterhaltungsabend. — **Köpenick:** Jugendheim Gemeindeschule Markstraße, Diskussion: „Alkohol und Nikotin". — **Tempelhof:** Jugendheim Gemeindeschule Germaniastr. 6 (Kinderhortzimmer), Volkstanzabend. — **Westen:** Jugendheim Bauarbeiterschule Kurfürstenstraße 141, Leseabend: „Humor in der deutschen Literatur".

Aus aller Welt.

Schreckensszene auf dem Potsdamer Bahnhof. Infolge eines falschen Gerüchtes, daß gegen 5 Uhr auf dem Potsdamer Fernbahnhof ein Zug nach Potsdam abgelassen würde, sammelten sich etwa 3000 Personen dort an. Nachdem sie stundenlang in der Vorhalle gewartet hatten, bemerkten sie dann in ziemlicher Entfernung aufsteigenden Rauch. In der Annahme, daß nun der von ihnen sehnlichst erwartete Zug einfahre, stürmten sie den Bahnhof. Die Schranken wurden überrannt, und es kam zu unglaublichen Szenen. Es kam zu wilden Kämpfen um die vordersten Plätze auf dem Bahnsteig usw. Der Schutzpolizei gelang es mit Mühe, die Bahnsteige zu säubern. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, da die Menge keine Vernunft annehmen wollte.

Schweres Eisenbahnunglück.

Wie die Eisenbahndirektion Köln mitteilt, fuhr Dienstag nachmittag ein von Neuß kommender Personenzug auf Bahnhof Köln aus noch nicht aufgeklärter Ursache über Haltesignal und Drehscheibe hinaus in das Empfangsgebäude. Infolge des Anpralls schoben sich zwei Wagen ineinander. Vier Personen wurden tödlich, fünf schwer und 33 leicht verletzt. Die Verunglückten stammen meist aus dem Rheingebiet.

Ehewirrwarr in Kanada.

Nirgends in der Welt nimmt man es mit der Innehaltung kirchlicher Gebräuche und Zeremonien so ernsthaft und so genau wie in England. Und nun muß ausgerechnet in dem englischen Dominion Kanada sich eine Sache ereignen, die nicht nur die sämtlichen Juristen, Advokaten und Geistlichen mobilisieren, sondern auch eine große Anzahl Familien in die schrecklichste Ungewißheit stürzen wird. Irgendein eifriger und wissensdurstiger Verordnungs-, Gesetzes- und Aktenschnüffler will nämlich herausbekommen haben, daß in den letzten hundert Jahren in Kanada Tausende von Heiraten ungesetzlich geschlossen worden sind. Ein im Jahre 1829 erlassenes Gesetz bestimmt, daß Heiraten nur von Geistlichen geschlossen werden können, die britische Untertanen sind, und dieses Gesetz ist heute noch in Kraft. Vielfach haben jedoch Geistliche aus den Vereinigten Staaten und anderen Ländern, die in der Provinz Aemter bekleiden, Trauungen vollzogen.

Es ist nun, im Sinne des ehrbaren kanadischen Bürgertums, gar nicht auszudenken, welche unglaublichen Konflikte sich hieraus ergeben können.

Bombenanschlag in Oberschlesien. Während einer abgehaltenen Abschiedsfeier für den Vikar in Nikolai explodierte eine Bombe, durch welche vier Personen schwer und mehrere leicht verletzt wurden. Der Urheber des Anschlags ist unbekannt.

Die Blockade Berlins.

Der Berliner hat augenblicklich das Gefühl, unter einer Art verschärften Belagerungszustand zu leben. Ueberall sind Einschränkungen und Hindernisse zu spüren, gilt es mit ungewohnten Schwierigkeiten fertig zu werden, die bei einer längeren Dauer dieses unerträglichen Zustandes sich noch erhöhen müssen. Noch ist die Lebensmittelversorgung der Riesenstadt nicht ins Stocken geraten; allein überall besteht die große Gefahr der „Hamsterkäufe", die einem verhältnismäßig kleinen Teil ein auskömmliches Dasein sichern, während die wirtschaftlich Schwachen, die ja jetzt überhaupt am härtesten getroffen werden, dann zum Darben verurteilt sind. Das Schreckgespenst des Kohlenmangels nimmt drohende Gestalt an, wenn die Kohlenzufuhr nicht mehr funktioniert. Zwar bemüht sich der Reichskohlenkommissar, für die Kohlenzufuhr Berlins zu sorgen. Das klingt ja sehr verheißungsvoll, ist aber noch nicht vollendete Tat. Ein Teil der Schulen hat bereits der ungeheizten Räume wegen geschlossen, auch die Berliner Universität und die Technische Hochschule haben ihren Vorlesungsbetrieb wegen Kohlenmangels einstellen müssen. In vielen Wohnungen ist dauernd eine Temperatur zu finden, die so um den Gefrierpunkt schwankt. Noch ist die Not nicht bis zum äußersten gestiegen. Hoffen wir, daß Vernunft und Verantwortlichkeitsgefühl nicht gänzlich gestorben sind, so daß die Berliner Bevölkerung vor Schlimmerem bewahrt bleibt.

Der Eisenbahnverkehr.

Die Streiklage im Eisenbahnbezirk Berlin ist im wesentlichen unverändert. Die Versorgung der Lokomotiven mit Wasser hat, wenn auch unter manchen Schwierigkeiten, bisher noch durchgeführt werden können, so daß im Laufe des gestrigen Nachmittags im Personenvorortverkehr über 120 Züge und im Personenfernverkehr mehr als 30 Züge in allen Richtungen gefahren werden konnten. An Milch sind in den letzten 24 Stunden 103000 Liter mit der Eisenbahn eingegangen. Die Zuführung von Lebensmitteln aus den Eisenbahndirektionsbezirken Stettin und Magdeburg nach Berlin ist gesichert. Entsprechende Vereinbarungen mit anderen Nachbardirektionen stehen vor dem Abschluß. Im Benehmen mit dem Reichskohlenkommissar ist dafür gesorgt, daß die Hausbrandkohlen den Bedarfsstellen zugeführt werden.

Nochmals: Gashähne schließen!

Gasvergiftungen, dann Wasserrohrbrüche und Brände werden jetzt in größerer Zahl gemeldet. Obwohl die Gaswerke ihren Betrieb eingestellt haben und kein Gas hergestellt wird, ist noch so viel Gas in den Rohren, daß offene Gashähne eine Gefahr für die Bevölkerung bilden. In den meisten Fällen scheint Unvorsichtigkeit vorzuliegen. Aus offenstehenden Hähnen der Gasleitungen entweicht das Gas unbemerkt und dann ist das Unglück schnell geschehen. In der Memeler Str. 32 verunglückten zwei Personen, Gartenstr. 62 eine Frau, Pflugstr. 10 ebenfalls eine Frau, ferner Dresdener Str. 54, Kameruner Str. 18, Schwedter Str. 15B, Schwedenstr. 16, Solmsstraße 4, Boppstr. 4, Ritterstr. 16, Luisenufer 46, Choriner Str. 1, Alexanderplatz 3, Borsigstr. 33 u. a. Stellen je eine Person und Willibald-Alexis-Str. 18 mehrere.

Normale Mehlversorgung.

Die Mehlversorgung der Bäcker durch das Ernährungsamt funktioniert, nach einer Mitteilung des Berliner Magistrats, wie üblich. Es liegt daher kein Anlaß zu Angst- und Hamsterkäufen durch das Publikum vor. Diese würden nur die unerwünschte Folge haben, daß bei dem einzelnen Bäcker Stockungen eintreten, weil die Herstellung des Brotes mit den übermäßigen Anforderungen nicht Schritt zu halten vermag.

Verbot öffentlicher karnevalistischer Veranstaltungen.

Der Polizeipräsident von Berlin hat mit Zustimmung des Magistrats für den Polizeibezirk Berlin eine Polizeiverordnung erlassen, nach der alle öffentlichen karnevalistischen Veranstaltungen aller Art verboten sind. Unter dieses Verbot fallen insbesondere die Veranstaltungen öffentlicher karnevalistischer Umzüge und sonstiger karnevalistischer Veranstaltungen unter freiem Himmel, die Veranstaltungen öffentlicher karnevalistischer Aufführungen, öffentlicher karnevalistischer Vorträge und öffentlicher karnevalistischer Tanzlustbarkeiten in geschlossenen Räumen. Verboten ist auf öffentlichen Straßen und Plätzen, in öffentlichen Lokalen, bei öffentlichen Versammlungen, bei öffentlichen Veranstaltungen oder Versammlungen das Tragen karnevalistischer Verkleidungen oder Abzeichen jeder Art, das Singen, Spielen und Vortragen karnevalistischer Lieder, Gedichte und Vorträge, das Werfen von Luftschlangen, Konfetti und dergleichen.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 300 M. bestraft, an deren Stelle, wenn die Geldstrafe nicht beizutreiben ist, entsprechende Haftstrafe tritt. Der Bestrafung unterliegen Veranstalter, Teilnehmer, sowie derjenige, der zu Veranstaltungen dieser Art auffordert, einlädt oder sie in seinen der Oeffentlichkeit dienenden Räumen duldet. Die Verordnung ist bereits in Kraft getreten.

Erschwertes Arbeiten der Gerichte.

Die durch den gegenwärtigen Streik geschaffenen Verhältnisse üben auch auf die Rechtspflege einen in zweifelhafter Hinsicht unheilvollen Einfluß aus. Da es in vielen Fällen infolge der Verkehrsschwierigkeiten den Zeugen, Sachverständigen, Richtern, Geschworenen und Schöffen unmöglich ist, an Gerichtsstelle zu erscheinen, müssen die angesetzten Termine ausfallen. Dies hat in erster Linie zur Folge, daß in Haft befindliche Personen, die später vielleicht freigesprochen werden, unnötig länger in Untersuchungshaft sitzen müssen, ohne irgendwie dafür entschädigt zu werden. Außerdem entstehen dem Staat aber dadurch auch ungeheure Kosten, die letzten Endes der Steuerzahler zu tragen hat. Es wird deshalb verschiedentlich die Frage aufgeworfen, ob es nicht ratsamer erscheint, bei derartigen Streiks einfach den ganzen Gerichtsbetrieb an den Strafgerichten einzustellen.

•

Die niedrigen Zeugengebühren.

In dem augenblicklich verhandelten Mordprozeß Singh ist auch eine Frage akut geworden, deren schnelle Lösung im Interesse einer geordneten Rechtspflege dringend geboten erscheint, nämlich die Frage einer den heutigen Zeitverhältnissen entsprechenden angemessenen Entschädigung der Zeugen und Sachverständigen für entgangenen Arbeitsverdienst. Nach den gegenwärtigen Bestimmungen darf die Gerichtskasse als Höchstsatz nur zehn Arbeitsstunden zu 3 M. gleich 30 M. zur Auszahlung bringen, ein Satz, der viel zu niedrig ist. Dies hat zur Folge, daß sich täglich in den Gerichtskassen die unangenehmsten Szenen abspielen und Zeugen ganz offen erklären, sie würden, auch wenn sie Zeugen eines Totschlags würden, schon vor der Polizei aussagen, sie hätten nichts gesehen, um nicht vor Gericht erscheinen zu müssen und Geld dabei zuzusetzen.

Der Fliegeroffizier als internationaler Taschendieb.

Die Langfinger treiben es jetzt besonders arg. Das Gedränge auf der Hoch- und Untergrundbahn und an den Haltestellen der Autoomnibusse ist für sie ein günstiges „Arbeitsfeld". Ein Beamter bemerkte, wie sich zwei Fahrgäste an einen Herrn in einem Autoomnibus in verdächtiger Weise heranmachten und stellte fest, daß dem Betreffenden die Uhr mit Kette gestohlen war. Daraufhin nahm der Beamte die beiden Verdächtigen fest, die natürlich ganz entrüstet taten. Da aber die Uhr auf dem Fußboden entdeckt wurde, so lag es nahe, daß die Verhafteten sie fallen gelassen hatten. Im Polizeipräsidium wurde der eine festgestellt als ein ehemaliger österreichischer Fliegeroffizier Stefan v. Stersny. Auch jetzt bestritt er noch ganz entschieden, mit dem Diebstahl etwas zu tun zu haben. Die weiteren Ermittelungen ergaben jedoch, daß der junge Mann noch mehr auf dem Kerbholz hat und bereits gesucht wurde. Er war als reisender Taschendieb überall umhergefahren und hatte auch Hoteldiebstähle ausgeführt. Zuletzt war v. Stersny in Hamburg festgenommen und bestraft worden. Jetzt war er wieder nach Berlin gekommen und hatte sich mit einem internationalen Taschendieb namens Steinert zusammengetan, hatte aber das Pech, einer Taschendiebspatrouille in die Hände zu fallen und so schon kurz nach seiner Freilassung wieder festgenommen zu werden.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch knapp, Geschäft rege. Preise höher. Fische fast gar nicht. Geschäft ruhig. Preise höher. Obst und Gemüse sehr schwach, Geschäft ruhig

•

Am gestrigen Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

Rindfleisch stieg das Pfund bis zu 26 M. **Kalbfleisch** schwankte zwischen 20 und 28 M. **Schweinefleisch** 25—28 M. **Hammelfleisch** 16 bis 23 M. **Margarine** ging bis zu 31 M. das Pfund hoch. **Naturbutter** 45—55 M. **Schweineschmalz** 31—34 M. das Pfund. **Eier** bis zu 5,60 M. das Stück. **Schellfisch** 7—8 M. und **Rotzungen** 11—13 M. **Seelachs** 9 M. das Pfund. **Grüne Heringe** 7—8 M. **Hechte in Eis** 12,50—15 M. das Pfund. **Bleie** 9 M. **Plötzen** bis 8 M. **Leb. Hechte** 20 und 25 M. **Karpfe.** 25 M. **Kartoffeln** (wenn man sie bekam) 23—25. 10 Pfund. Im **Gemüse** haben sich die Preise nur sehr wenig verändert. So kostet der **Rotkohl** 5,50—6,50 M. das Pfund. **Weißkohl** 3,20 M. und **Wirsingkohl** 3,50—4 M.

Der Indermord vor Gericht.

Der Lokaltermin abgelehnt.

Die Fortführung des Prozesses gelang gestern trotz aller Verkehrsschwierigkeiten. Allerdings verzögerte sich der Beginn recht erheblich, da mehrere Geschworene, die auswärts wohnen, nicht rechtzeitig zur Stelle sein konnten.

In der Beweisaufnahme wurde der von Rechtsanwalt Dr. Walter Jaffé nachträglich geladene Kaufmann Josef Ziemeyer vernommen, der aus der Strafhaft vorgeführt wurde. Der Zeuge erzählte unter Eid eine etwas phantastisch klingende Geschichte: Danach habe er eines Nachmittags kurz vor Weihnachten 1920 ein kleines Café in der Nähe des Halleschen Tores besucht und dort das Gespräch zweier Engländer belauscht, die sich — deutsch unterhielten. Es wäre davon gesprochen worden, daß Singh beiseite geschafft werden müsse. Hierbei seien 5000 Pfund Sterling erwähnt worden. Der Angeklagte Arnold hätte allerdings eine gewisse Aehnlichkeit mit einem dieser beiden Männer.

Unter den weiter vernommenen Zeugen befand sich auch der Vater der Frau Singh. Auch er erklärte, daß er von einem Verhältnis des Angeklagten Arnold mit seiner Tochter nicht das Geringste gemerkt habe; anderenfalls würde er den Arnold hinausgeschmissen haben. Dieser sei ihm überhaupt nicht sympathisch gewesen, weil er etwas an Größenwahn zu leiden schien. Seine Tochter schildert er als eine „gute Tochter", der er eine verbrecherische Tat unmöglich zutrauen könne. — Von einigem Interesse war noch die Bekundung eines Justizbeamten Erich Seitsmeyer über einige Aeußerungen des getöteten Singh. Der Zeuge ist anläßlich eines gerichtlichen Aktes im November 1919 mit Singh ins Gespräch gekommen. Dabei hat Singh u. a. erzählt: Er könne in sein Vaterland nicht mehr zurückkehren. Er sei für Rechnung der deutschen Regierung in Amerika tätig gewesen, sei unter großen Fährlichkeiten nach Deutschland gekommen. Er sei an der antienglischen Propaganda beteiligt. Wenn er von den Engländern beseitigt werden sollte, dann würde ihm viel daran liegen, daß seine Eltern — sein Vater sei Advokat — möglichst schnell Nachricht von seinem Tode erhielten, damit die Vorschriften seiner Religion für einen Todesfall befolgt werden könnten.

Kriminalkommissar Seinemeyer betonte bei seiner Bekundung über den Verlauf und die Ergebnisse der Vernehmungen der drei Angeklagten, daß Arnold sein schließliches Geständnis über die Tat und die ganzen Einzelheiten über den Verlauf auf seinen eigenen Wunsch aus sich heraus selbst diktiert hat. Da Arnold dies hartnäckig bestritt, sollen noch die beiden protokollierenden Beamten geladen werden.

Nach Vernehmung der Sachverständigen Dr. Brüning und Sanitätsrat Dr. Bock und Verlesung von Schriftstücken wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt. Von der Abhaltung eines Lokaltermins ist Abstand genommen worden.

Ein während der Fahrt vom Auto gefallener Mann wurde gestern morgen in eine Gastwirtschaft am Bahnhof Tempelhof gebracht. Als der herbeigerufene Arzt erschien, war der Tod bereits eingetreten. Zur Feststellung der Todesursache wurde die Leiche nach dem Schauhause geführt. Nach einer Vereinsmitgliedskarte heißt der Verunglückte Hoffmann und wohnt in der Lankwitzstr. 9.

Erhöhte Gebühren für Wohnungsanfragen. Die Gebühren für Erteilung von Auskünften an Private in meldeamtlichen Angelegenheiten werden für sämtliche staatlichen Polizeiverwaltungen einschließlich Berlin mit Wirkung vom 1. Februar 1922 an auf drei Mark, vom 1. April d. J. an auf fünf Mark für den einzelnen Fall erhöht. Gebührenerhebung durch Nachnahme findet nicht statt.

An unsere Leser. Die Abendausgabe des „Vorwärts" konnte leider wegen technischer Schwierigkeiten, die infolge Stromversagens durch den Streik entstanden sind, in einigen Bezirken nicht zur Ausgabe gelangen. Nach der Mitteilung des Druckers sind diese Schwierigkeiten beseitigt, so daß die tägliche Zustellung auch in den Vororten von heute ab erfolgen kann.

Die vereiste Ostsee.

Der Dampfer Bubenden, der im Seedienst Ostpreußen zwischen Swinemünde und Pillau verkehrt, ist am 5. d. M. bei Dievenow im Eise festgekommen und kann den Hafen Swinemünde nicht erreichen. Eisbrecher sind abgegangen, um den Dampfer, der 40 Fahrgäste an Bord hat, hereinzuholen. Die nächsten Fahrten müssen wegen der Vereisung der Ostsee ausfallen und können erst wieder aufgenommen werden, wenn offenes Wasser einen gefahrlosen Verkehr ermöglicht.

Wetter bis Donnerstag Mittag.

Zeitweise heiter, mit wiederholten, meist geringen, nur an der Küste stärkeren Schneefällen bei mäßigen nordwestlichen Winden. Ueberall strenger Frost.

81]

Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun

„Das ist wahr! — Das hätte ich fast vergessen! — Diese Zerstreutheit! Aber verzeihen Sie, ich habe einen kleinen Kassenbestand, der gleich morgen früh an die Amtsstube abgesandt werden muß. . . . Ich sehe mich gezwungen, den Brief gleich zu schreiben und zu siegeln! Entschuldigen Sie mich, bitte, so lange!"

„Lassen Sie sich durch mich nicht stören!"

Hilsöe mußte seine Stimme bezwingen, damit sie seine Freude nicht verriete, weil er Helwig wieder für sich allein haben konnte.

9.

Während Hjarmer mit seinen raschen, nervösen Schritten auf die Kontortür zuging, erhob sich Hilsöe in plötzlicher Entschlossenheit.

Kaum hatte die Tür sich hinter dem anderen geschlossen, als er mitten ins Zimmer trat, wo Helwig im Mondlicht stehen geblieben war und ihn mit großen, strahlenden Augen ansah.

„Helwig!" flüsterte er mit ausgebreiteten Armen.

Sie stand in aufrechter Haltung vor ihm, aber er sah, daß sie am ganzen Körper zitterte, indem sie den Kopf zurückbog.

„Geliebter!" hauchte sie ihm in einem tiefen Atemzug entgegen.

„Die Tür steht offen!" flüsterte er.

„Werner!"

Ihre Hände zitterten in den seinen, aber sie zog sie nicht zurück.

„Jetzt muß es sein!" sagte er fest und zog sie mit sich.

Aber mit einem plötzlichen Ruck machte sie ihre Hände frei und verbarg ihr Gesicht darin.

„Ich kann nicht . . ." stammelte sie, „ich kann nicht!"

Er trat so nahe an sie heran, daß sie seinen heißen Atem fühlte, und umfaßte ihre Handgelenke, doch ohne Gewalt.

„Wurdest du nicht mir und dir selbst untreu, als du ihn wähltest?" fragte er; seine Stimme war ruhig, aber gebietend und tief.

Sie antwortete nicht; aber er sah an dem Beben ihrer Brust, daß sie mit Tränen kämpfte.

„Tötetest du nicht unser Glück — deines sowohl wie meines," fuhr er fort, „des Gewissen und Sicheren wegen?"

Wieder schwieg sie; aber er merkte an dem Zittern ihrer Hand, daß ihr Herz „Ja" flüsterte.

„Wünschst du es ungeschehen zu machen?"

Dieses Mal antwortete sie.

„Du weißt es ja!" sagte sie und bewegte den Kopf.

Er las den Gedanken, der hinter ihren Worten verborgen war, und beantwortete ihn gleich:

„Glaubst du, daß ich hierbleiben und mir täglich das Glück stehlen will, das mein gutes Recht ist?"

Sie schüttelte den Kopf. Sie fühlte selbst in diesem Augenblick, daß es unmöglich sei.

„Und du?" fragte er wieder, indem er ihre Hände mit Gewalt von den Augen zog. Er wollte die Antwort ihres Herzens sehen. „Könntest du hier in seinem Hause bleiben — Tisch und Bett mit jemand teilen, der dir stets fremd gewesen ist — jetzt, da du mein bist mit Leib und Seele?"

Ihre großen, grauen Augen starrten ihn willenlos an, von seinem festen, dunklen Blick gebunden, der sie mit einer Macht zwang, vor der sie sich beugen mußte.

Sie schüttelte nur zur Antwort den Kopf.

Da ergriff er wieder ihre Hände und zog sie mit sich zur offenen Glastür, von wo das Licht schräg hereinflutete.

Indem ihr Kleid das Taburett vor dem Flügel streifte, glitt der große, weiche Hut des Doktors herab und rollte im Mondlicht vor ihren Füßen über den Teppich.

Hilsöe schob ihn mit dem Fuß zur Seite; im selben Augenblick aber sah Helwig, was es war, und plötzlich kam das Leben und die Wirklichkeit ihr wieder in die Erinnerung.

In diesem Augenblick stand der Doktor über das Bett ihres Kindes gebeugt. Vielleicht galt es Leben oder Tod, so verblümt wie er sich ausgedrückt hatte.

Der Gedanke traf sie wie ein Schlag. Sie riß ihre Hände aus den seinen und blieb im Mondenlicht stehen.

„Das Kind!" flüsterte sie.

Er fühlte, was in ihr vorging. Er wußte es, bevor sie noch den Mund geöffnet hatte; denn Doktor Sylts Hut hatte denselben Gedanken in ihm geweckt.

Sein Gemüt wurde von heftiger Bewegung ergriffen. Mit plötzlicher Gewalt versuchte er sich wieder ihrer Hände zu bemächtigen, indem er sich zu ihrem Antlitz herabbeugte und hart, fast brutal flüsterte:

„Das Kind ist seines — nicht deines und meines! Und bei ihm wird es gut aufgehoben sein."

Sie aber legte hastig ihre Hände auf den Rücken und zog sich von ihm zurück, an den Flügel.

Im selben Augenblick hörte man Hjarmers Schritte im Kontor.

„Es ist vorbei," dachte Hilsöe, indem er an den Tisch trat, während die tiefe Enttäuschung ihm Tränen in die Augen trieb.

10.

Hjarmer stand in der Kontortür mit einem Geldschein in der Hand.

„Liebste, denke dir, wie fatal!" sagte er zu Frau Helwig, die sich gegen den Flügel lehnte und ihm den Rücken kehrte; sie hatte in augenblicklicher Verwirrung des Doktors Hut ergriffen und war jetzt eifrig beschäftigt, den Staub davon abzuklopfen.

„Ich habe alle meine Hundertkronenscheine fortgegeben, als ich dem Landinspektor heute morgen einen Fünfhundertkronenschein wechselte. Jetzt stehe ich hier mit dem einen großen Schein und weiß nicht, wie ich mir helfen soll. Ich muß zweihundertundfünfzig Kronen mit dem ersten Zug abschicken — es ist der äußerste Termin. Was machen wir nur?"

„Das weiß ich wirklich nicht!" sagte Frau Helwig, indem sie sich ihm halb zukehrte.

Hjarmer fuhr fort mit seiner nervösen Stimme, die jetzt so hoch klang, daß sie fast gellte:

„Wie soll ich es nur möglich machen, bis morgen früh gewechselt zu bekommen."

Er wandte sich wie in einer plötzlichen Eingebung an Hilsöe, der in einem Album blätterte.

„Wenn Sie so viel Geld bei sich haben, Herr Ingenieur," bat er, „würden Sie mir einen großen Gefallen tun, mir den Schein zu wechseln! — Oder, wenn Sie mir vielleicht zwei Hundertkronenscheine bis morgen leihen würden! — Den Rest hab ich in kleinerem Geld. Ich möchte das Kuvert gleich versiegeln!"

Hilsöe zog seine Brieftasche aus der Brusttasche.

„Ich kann Ihnen den Schein wechseln!" sagte er.

(Fortsetzung folgt.)

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
Die Vögel
7½ Uhr

Schauspielhaus
Peer Gynt
7½ Uhr

Deutsch. Theat.
7½ Ein Traumspiel
Donnerstag 7½ Cäsar und Kleopatra

Kammerspiele
8: Anatol
Donnerstag 8: Der Gühnerhof

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7½ Uhr Schwedisch. Ballett
Donnerst. 7½ Schwedisches Ballett

Berliner Th.
Heute 7.30 Uhr:
Prinzessin
Olala
Emmy Sturm

Komödienhaus
Heute 7.30 Uhr
Karussell
mit
Maria Orska
Joh. Riemann
Ralph Art. Roberts

Theater i. d.
Königgrätz. Str.
Heute geschlossen
Morgen zum 1. Male
Die wunderlich. Geschichten des Kapellmeisters Kreisler

Residenz-Theat
Täglich 7½ Uhr
Eine Frau ohn. Bedeutung
Irene Triesch, Bertens, Arnstädt, Korff

Trianon-Theat.
Täglich 8 Uhr
Elga
v. Gerhart Hauptmann
(Tilla Durieux, Konrad Veidt, Becker, Klein)

Russ.-Deutsch. Theater
„Der blaue Vogel"
Goltzstraße 9
Nollendorf 1613
Anfang 8½ Uhr
Vorstellung allabendlich!

Volksbühne
Theater a. Bülowplatz
7½ U. Bauer als Millionär

Lessing-Theat.
Heute und morgen 7½
Flamme (Käte Dorsch)
Freitag 7½: Die rote Robe
Sonnab. bis Mont. 7½ Flamme

Deutsches Künstler-Th
Gastsp. des Moskauer Künstler-Theaters
7: Hamlet
Donnerstag 7: Drei Schwestern
Freitag 7: Hamlet

Central-Theater
7½ Uhr Das Detektivmädel

Deutsches Opernhaus
7½ Uhr D. Hofkonzert

Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr Ein toller Einfall

Intimes Theater
8: Badende Nymphe
Grausig. Experiment
Gustave, es blitzt

Klein. Schauspielhaus
7½ Uhr Der Ring

Lustspielhaus
8 Uhr Der Werwolf

Metropol-Theater
7½ U. D. Straßensängerin

Neues Operetten-Th
Uhr Königin d. Nacht

Neues Operettenhaus
Geschlossen Donnerstag
7½ Uhr Schäm' Dich Lotte

Neues Theater am Zoo
Heute geschloss., morg. 7½ U. Schattensinfonie

Neues Volkstheater
7½ Uhr Heuchler

Schiller-Th. Charlbg.
3 U. Ein Wintermärchen
8 Uhr Im weißen Rößl

Schloßpark-Th Steglitz
Schloßstr. 4.
7½ Uhr: Der Hahn — Der Geizige

Thalia-Theater
7½ Uhr Die Herren von und zu ...!

Theat am Nollendorfpl.
3½ Uhr Lohengrin
7½ U. Die Ehe im Kreise

Theater des Westens
7½ U. Der Tanz ins Glück

Th. i. d. Kommandant Str
(Jüd. Künstler-Th.)
7½ U Der Dorfjunge

Wallner-Theater
7½ Uhr Die Spitzenkönigin

Walhalla-Theater
8 Uhr Die Mondscheindame

Kleines Theater
Täglich 7½ Uhr
Haben Sie nichts zu verzollen?
Olga Limburg, Julius Falkenstein, Albers

Komische 7¾ Oper 7¾
Dir. Jam. Klein
Elg. Lichtanlage
Die große Revue
Der Herr der Welt
Max Landa
Bruno Kastner
Sascha Dura
Wilh. Hartstein
Franz Gross
Paul Westermey r
Lotte Werkmeister
Herta Richter

Theater d. Ostens
(Rose-Theater)
7½ Uhr
Die Gräfin von Kempinski

Apollo-Theater
8 Uhr
Jam. Klein
Rund um die Welt!

Tägl. 8 Uhr
Varieté
Scala
u. a.
De Biere

Metropol Variete
Behrenstraße 54
7½ Uhr
Das lustige Februar-Programm

FOLIES CAPRICE
Linienstr. 132
Täglich 7¾ Uhr:
D. Liebeskanapee
Das Käuzchen
Die falsche Nummer
Frd. Grunecker, R. Bergl
Dir. Strobel

Casino-Theater
Lothring. Str 37 Tägl 7½,
Die neue Berliner Posse
Familie Gänseklein
Vorher: Lachende Liebe
Jes.-Posse m. d. neuest. Schlager „Bumme trott"
Stg. 3½, Geständnis

CIRCUS BUSCH
spielt! mit eigenen Licht- und Wasser-Anlagen!!
Ungekürzt. Progr.
Der Circus ist gut geheizt
Tgl 7½, St. auch 3 U

Admirals-Palast
7½ Uhr
Futuristisch. Karneval
Die Prinzessin v. Tragant im Gespensterschloß

Wintergarten
Reines Varieté-Programm
Rauchen gestattet

Reichshallen Theater
Allabendlich 7½ Uhr, u. Sonnt. nachm. 3 U
Stettiner Sänger
Nachm. halbe Pr

Dönhoff-Brettl: Anf. 7½ Uhr

Theat. a. Kottb. Tor
Tel. Moritzpl. 10077
Tägl. 7½ Uhr u. Stg. nachm. 3 U
Elite-Sänger
10 Herren! Witz! Komik!
Nm. halb. Preise
Vorv. 11–1½ u. 4–6

Neue Welt
Arnold Scholz — Hasenheide 108–114
Heute, Mittwoch, den 8. Februar 1922:
Eilletag
Bockbier-Fest
„in den bayer. Alpen"
30 bayr. Madl 8 Kapellen. Einlaß 6 Uhr
Voranzeige
Morgen, Donnerstag, den 9. Februar 1922:
Großes Schweineschlachten

Geschlechtskranke
verlangen im eigenen Interesse kostenlose Lieber andere von Herrn schäfer über Mann sucht Schwäche, Harnröhrenfluss, Syphilis, auch ohne Quecksilber und Salvarsan, Geschlechtsleiden, Frauenleiden und veralteten Fällen, in frischen und veralteten Fällen, Keine Berufsstörung. Leiden ansehen, Phenolpräparate, Preise und Spritzen 3 M, befreien, für Porto und Apotheken, Präparate durch Apotheken, Wunsch & andere Versandapotheken
Spezialarzt
Dr. Dammanns
Heilanstalten
BERLIN C.W 24, Potsdamer Str. 123 b.
Sprechstunden 9–12, 4–7, Sonntags 10–12.

Wenn wir Sie sprechen könnten

würden wir Sie sicher davon überzeugen, daß Sie durch uns bezogene Anzug-, Paletot-, Hosenstoffe sowie Damentuche unbedingt Vorteile haben. Verlangen Sie sofort Muster, welche wir jedermann versenden.
Lehmann & Aßmy
Spremberg L. L. 26.
Älteste Tuchversandhaus mit eig. Fabrikat

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83 85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.
Freitag, den 10. Februar, nachm. 5 Uhr, im Verbandshaus, Linienstr. 83 85 (Kranitenzahl):
Vertrauensmänner-Konferenz
der Batterie- u. Elementenarbeiter und Arbeiterinnen.
Tagesordnung: Stellungnahme zu den bevorstehenden Lohnverhandlungen.
112/9 Die Ortsverwaltung.

Mitesser
Pickel, Mitesser, Flechten verschwinden meist sehr schnell, wenn man den Schaum von Zucker's Patent-Medizinal-Seife abends eintrocknen läßt Schaum erst morgens abwaschen und mit Zuckooh-Creme nachstreich. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften.

Vorwärtsstrebende und
Erfinder
gute Verdienstmöglichkeit. Aufklärung u. Anregung gebende Broschüre „Ein neuer Geist?" umsonst durch F. Erdmann & Co., Berlin, Königgrätzer Str. 71

Lombard-Haus
1. Etage, Leipz. Str. 73-1
Gegr. 1904
Höchste Beleihung
Diskr. Reellste Gelegenheitskäufe. Unrea. Brillanten Schmucksach.
10–50% unt. Lad Pr

Deutscher Metallarb.-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied der Schlosser
August Fritsche
Brunnenstr. 98
am 4. d. Mts. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. Februar nachmittags 3½ Uhr von der Leichenhalle des Himmelfahrts-Gemeinde-Friedhofes in Nordend aus statt.

Ferner starb unser Kollege, der Former
Otto Henschke
Kolonieftr. 77
am 2. d. Mts.
Die Einäscherung findet am Freitag, den 10. Februar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums Berl. Gerichtstr., aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Wilhelm Groß
Klempner
am 22. Januar gestorben ist. 112/10
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

In der vergangenen Nacht verschied nach kurzem, mit bewundernswerter Geduld ertragenem Leiden unser hochverehrter Direktor, Herr
Eduard Opitz.
Tieftrauernd stehen wir an der Bahre dieses vortrefflichen Mannes. Als ein leuchtendes Vorbild unermüdlicher Arbeitskraft und Pflichttreue hat er uns stets zu freudigem Schaffen angeregt. Edel im Charakter, von wahrer Herzensgüte und mit feinem Empfinden, war er uns stets ein gerechter Vorgesetzter und wohlwollender Berater, der unser volles Vertrauen besessen hat.
Wir erleiden einen unersetzlichen Verlust und werden das Andenken dieses seltenen Mannes stets hoch in Ehren halten.
Das kaufmännische, technische u. Fabrik-Personal der Firma
Urban & Lemm.
Charlottenburg, den 6. Februar 1922

Handwaschseife

„**Sofort rein**"
reinigt die Hände von Teer, Lack, Farbe, Tinte und jeglichem Schmutz, desinfiziert und greift die Haut nicht an.
Überall erhältlich.
Ossi-Ges. m. b. H.
Berlin-Oberschöneweide
Ostendstrasse 14,
Tel. Oberschw. 356.

Pelz-Haus
abuco
Leipziger Str. 58
Zahlungserleichterung

Zinn
Gold-, Silber-Bruch,
Quecksilber,
Blei, Kupfer, Platin usw.
kauft zum Engrospreise Scharnow, Lange Str. 87, am Schlesischen Bahnhof

MOD. TAENZE
1-2Std Regehr, Un 2608
Wilmersd. Güntz. str 42
U-Bhf. Hohenzollernpl.,
Straßbhn. 57, 67, 91, 92, O, H

Soeben erschienen

BIBLIOTHEK DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE
Nr. 23
Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale
(Moskau 22. Juni bis 12. Juli 1921)
1086 Seiten / Mit einem Sach- und Namenregister
Preis .... brosch. Mk. 90.—, geb. Mk. 115.—
Organisationsausgabe brosch. Mk. 30.—, geb. Mk. 70.—

Nr. 22
Protokoll des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale
(Petrograd 19. Juli / Moskau 23. Juli bis 7. August 1920)
798 Seiten / Alphabetisches Verzeichnis der Redner
Preis .... broschiert Mk. 40.—, geb. Mk. 60.—
Organisationsausg. broschiert Mk. 22.50, geb. Mk. 40.—
(Der ab 1. Januar 1922 geltende Preisaufschlag ist eingerechnet)

Zu beziehen durch:
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg
alle Buchhandlungen und Auslieferungsstellen der KPD.

Haut-, Harn-, Geschlechts-Kranke
Unterleibsleiden, Syphilis, frisch u. veraltet, bei Männern und Frauen, ohne Berufsstörung. Heilverfahren über 20 Jahre bewährt durch **Hunderte Geheilte.** — Sprech- u. Behandlungszeit 9–1, 4–7½, Sonntag 9–1. — Heilanstalt f. elektro-physik. und Licht-Therapie u. Natur-Heilverfahren. Berlin SO 16 Brückenstr. 10 b (Bahnhof Jannowitzbrücke)
Prof. Dr. med. P. Mistelsky, Arzt
appr. i. Ausl., v. d. deutsch. Regierung anerk.
30jährige Praxis

„Vorwärts"-Ausgabestellen sowie Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (Z. Z.) Aktiengesellschaft ✱ Inseraten-Annahme

Südwest: Lindenstr. 3. II. Hof parterre. — Jerusalemer Straße 5/6. Hausbureau.
Zentrum: Adlerstr. 174, am Koppenpl. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Westen: Steglitzer Str. 61, Ecke Magdeburger Straße. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Süden: Bärwaldstraße 42, a. d. Gneisenaustraße. Geöffnet von 9–6 Uhr. — Prinzenstr. 51. Hof rechts part. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Osten: Markusstr. 36. Geöffnet von 9–6 Uhr. — Petersburger Platz 4. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Südosten: Lausitzer Platz 14/15. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Nordosten: Immanuelkirchstr. 24. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Moabit: Wilhelmshavener Str. 48, Lübecker Str. 11. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Wedding: Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Straße. Frau Schneider, Reinickendorfer Str. 11, Papiergeschäft. Eingang Schönwalder Straße. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Waldstr. 9. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Gesundbrunnen: Bastianstr. 7. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 22. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Adlershof, Alt-Glienicke: Frl. Walter, Adlershof, Gossowstraße 6, parterre.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 180, Laden.
Bernau, Königlich Wusterhausen, Schönfeld, Karow und Buch: Heinrich Grote, Bernau, Mühlenstr. 1.
Biesdorf: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Horlemann, Genossenschaftshaus „Vorwärts".
Buchholz, Blankenburg: Hainke, Buchholz, Bahnhofstr. 34.

Charlottenburg I: Seesener Str. L. Geöffnet von 9 bis 6 Uhr.
Charlottenburg II: Tauroggener Str. 11.
Charlottenburg III: Kaiserdamm 101. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Charlottenburg IV: Regensburger Straße 10.
Dahlwitz: Schubert, Landsberger Str. 10.
Eichwalde-Schmöckwitz: Köthner, Bahnhofstr. 30.
Erkner: Albert Heraide, Friedrichstr. 21.
Fichtenau: Kraetzke, Bismarckstr. 1.
Finkenkrug: Schimang, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Friedenau: Rheinstr. 27, Ecke Rönnebergstraße.
Fredersdorf-Petershagen: Ullenwaller, Petershagen.
Friedrichshagen: Hoffmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Halensee, Grunewald: Halensee, Johann-Sigismund-Str. 13.
Hennigsdorf: Emmrich, Rathausstr. 4.
Hermsdorf: Frau Mamet, Hauptstr. 30.
Hohenneuendorf: Siegertz, Bismarckstraße.
Johannisthal: Alwin Hammitsch, Bismarckstr. 8.
Karlshorst: Frau Glanke, Hentigstr. 32, vorn parterre.
Kaulsdorf: Liebig, Finsterberger Str. 14.
Königswusterhausen: E. Meyer, Potsdamer Str. 8.
Köpenick, Hirschgarten: Schlag, Kietzer Str. 6 (Laden). Geöffnet von 9–6 Uhr.
Lichtenberg I: Lichtenberg, Wartenbergstr. 1. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Lichtenberg, Boxhagener Str. 62. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Lichtenberg III, Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 185, Laden.

Lichtenrade: Franz Wichura, Kaiser-Friedrich-Str. 8, Restaurant.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: H. Wenzel, Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 1.
Lichterfelde-West: Hindenburgdamm 53.
Mahlsdorf: Emil Rausch, Lemkestr. 25.
Mariendorf: August Verg, Chausseestr. 20.
Marienfelde: Berliner Str. 143.
Neuenhagen: Wenske, Ziegelstr. 71.
Neukölln: Neckarstr. 2. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Neukölln-Britz: Siegfriedstr. 28/29. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Niederschöneweide: Hartrampf, Brückenstr. 10 II.
Niederschönhausen, Nordend: Gogdowski, Niederschönhausen, Treskowstr. 27.
Nowawes: Kar. Kronaberg, Eisenbahnstr. 10.
Oranienburg: Heinr. Loenhardt, Stralsunder Str. 6.
Oberschöneweide: Robert Paul, Mathildenstr. 5.
Pankow: Kikmann, Mühlenstr. 70.
Potsdam: Frau Lack, Kurfürstenstraße 11.
Rahnsdorf: Tr. chert, Forststr. 7.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Wohls, Provinzstraße 58 (Laden).
Reinickendorf-Rosenthal: M. Duro, Prinz-Heinrich-Str. 34.
Schmargendorf: Rehab, Breite Str. 4.
Schöneberg: Belziger Str. 27. Geöffnet von 9–6 Uhr. Kühn, Hauptstr. 16.
Senzig, Mittenwalde, Schenkendorf, Niederlehme, Neue Mühle, Zernsdorf, Cablow: Friedewald, Senzig, Chausseestr. 54.
Siemensstadt: Stein, Nonnendamm-Allee 92a.
Spandau: Lindenufer 34.

Staaken: Bölkel, Eschenwinkel 16.
Steglitz: Eschment, Schlobhornstr. 3a.
Südende: Ludwig, Halskestr. 36.
Tegel, Borsigwalde, Reinickendorf-West, Waidmannslust, Freie Scholle, Hermsdorf, Birkenwerder, Bergfelde, Stolpe, Borgsdorf und Heiligensee: Borsigwalde, Räuschstraße 10. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Teltow: Häfel, Ritterstr. 29.
Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Str. 13.
Tempelhof: Kandler, Hohenzollernkorso 8.
Trebbin: Göring, Bahnhofstr. 62.
Treptow: Gramens, Kiefholzstr. 412 vorn 1 Tr.
Weißensee: Meyer, Berliner Allee 54. Hillmann, Carmen-Sylva-Str. 57.
Wildau-Hoherlehme: Rud. Tettow.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Schulze, Wilhelmshagen, Wilhelmstr. 31.
Wilmersdorf: Holsteinische Str. 19, Tübinger Str. 2a.
Wittenau: Wilh. Zimmermann, Rosenthaler Str. 46.
Woltersdorf: Schurbaum, Eichendamm 22.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Wegner, Zehlendorf, Teltower Str. 3.
Zeuthen, Miersdorf: A. Behling, Bahnhofstr. 2.
Zossen: Witt, Bahnhofstr. 25.

Sämtliche Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.

Verkäufe

Biblischer Kreuzfuchs, selten schön, 175, prachtvoller Silberfuchs 975, außerdem Alaskafuchs, Blaufuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexandrinenstraße 141 I, Ecke Kommandantenstraße. •

Silberwölfe, Silberskunks, Weißfüchse, Blaufüchse, Zobelfüchse, Skunksmäntel, Bibermäntel zur Hälfte des bisherigen Preises. Riesenlager, Gelegenheiten. Sie finden, was Sie suchen, gut und billig. Pleuer Bazar, Kaiser-Wilhelm-Straße 16, Alexanderplatz. •

Auf Teilzahlung Herrenanzüge, Gutaway, Ulster, Schlüpfer. Moderne Maßarbeit. Bequeme, diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Rosendorfstraße 37, Nähe Rosendorfplatz. Geöffnet 9–7.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Herrengarderobe und Pelzwaren. Keine Kombardware. •

Tapeten, Wachstuche, Linoleum. Dauerwäsche verkauft Gißler, Koloniestraße 9.

...-Anzüge, Paletots wenig gebrauchte, auch neue elegante, verkauft billigst Schneidermeister Fürstengelt, Berlin, Rosenthalerstraße 10. •

Staunenerregend! Sämtliche Pelzwaren jetzt zu ganz bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Keine Verfallwaren. Spezial-Pelzgeschäft im Leihhaus! Warschauerstraße 1. •

Bettwäsche allerbilligst! Weiße Woche bis 11./2. Letzter günstiger Einkauf vor Preiserhöhung. Deckbettbezug von 76.—, Laken 32.—, Inletts 140.—, Aussteuer Sonderrabatt. Wäschestoffe, Handtücher, Bettsatins, nur prima Qualitäten. Riesige Auswahl zu Fabrikpreisen. Reelle Bedienung. Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik Gräfestraße neunundvierzig (Hasenheide). Fahrgeldvergütung. •

Perser-, Plüsch-, Gobelindecken, Tischdecken wunderbare Wandbehänge, spottbilligst. Pappelallee 12.

Monatsanzüge, Winterpaletots zu staunend billigen Preisen. Rak, Gormannstraße 25/26, früher Mulackstraße. 843/3*

Bettwäsche! Diese Woche selten günstiges Angebot! Bettbezüge 76.—, Kissen 24.—, Laken 58.— an. Prima Bettbezüge ohne Mittelnaht 164.—, Bettlaken ohne Naht 89.—, Prima Ueberschlaglaken 245.—, Wäschestoffe, Inletts, Dimiti enorm billig. Nur reelle Qualitäten. Allerbeste Bedienung. Bettwäschefabrik Dresdenerstraße dreiunddreißig (Nähe Prinzenstraße). 12 bis 2 geschlossen. •

Bettbezüge vom 6. bis 11. Weiterverkauf mit ganz enormen Preisermäßigungen. Bettlaken 52.—, 68.—, 77.—, Bettbezüge 77.—, 118.—, 145.—, Kissenbezüge 23.— an. Stopffertige Inletts 154.—, Wäschestoffe, Lakenleinen, bunte Bezüge, Handtücher, Damaste, Tischtücher, gute Qualitäten, enorm billig, darunter Schaufenstergarnituren weit unter Preis. Massenauswahl. Letzte Gelegenheit, nur solange Vorrat. Bettwäschefabrik Puttkamerstraße 1, Ecke Wilhelmstraße. Alte, bestrenommierte Spezialfabrik. Geöffnet 9½–7. •

Möbel

Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, farbige Küchen in seltener Auswahl, bequemste Zahlweise bei kleinster An- und Abzahlung, verkauft Möbel-Cohn, Große Frankfurterstraße 58 (5 Minuten vom Alexanderplatz), im Norden: Badstraße 47/48.

Chaiselongues, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 240.—, Walter, Stargarder Straße achtzehn. •

Chaiselongues 100.—, Metallbetten 155.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettbetten, Weicke, Augustastraße 22a, Quergebäude. •

Schlafzimmer jeder Größe, einfacher und eleganteste Ausführung finden Sie noch in reicher Auswahl zu soliden Preisen in der Schlafzimmer-Spezial-Fabrik Hans Henkel, Burgstraße 27, Bureauhaus Börse. Kostenlose Lagerung auf beliebige Zeit. 110/20*

Einzelmöbel. Komplette Zimmer, Chaiselongues, Küchen. Bar- sowie Teilzahlung. Spottbillig. Wenger, Marsiliusstraße acht (Alexanderplatz). •

Möbel immer noch zu alten Preisen. Bar- oder Teilzahlung. Kleinste An- und Abzahlung. Ganze Einrichtungen, einzelne Möbel. Kostenlose Lagerung. Liefere auch auswärts. Landwehr, Müllerstraße 7 (Weddingplatz). •

Metallbetten billig. Ratenzahlung Reimann, Thomasiusstraße 8, Kriminalgericht.

Musikinstrumente

Pianos, Flügel, neu und gebraucht, Gelegenheitskäufe. Teilzahlung. Pianohaus Adam, Münzstraße 16, Frankfurterallee 30, Ecke Warschauerstraße.

Kaufgesuche

Schallplatten, alte, zerbrochene, Allogramm 27.—, Plattenumtausch. Sonne, Bergmannstraße 15 (Kreuzberg). 983b*

Glühlampen, Elektromaterial kauft Schröder, Veteranenstraße 6. •

Metallschmelze, Neanderstraße 25 (nur im Laden), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle. •

Fahrradankauf, Linienstraße 19. 149R*

Glühstrumpfasche kauft Willmel, Elsasserstraße 25a I. •

Nähmaschinen, gebrauchte, kauft zu hohen Preisen Schlesinger, Wilmersdorferstraße 50/51. •

Kugellager, Magnete, Vergaser, Zündkerzen kauft Pilz, Reinickendorferstraße 90, Hof parterre links.

Fahrradankauf höchstzahlend, Brückner, Gitschiner Str. 78. •

Unterricht

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei, Putzkurse. Schnittzeichnen. Zuschneiden. Nähkurse. Schnittmuster.

Tanzlehrkurse Kreschr. Reichenbergerstraße 34. Anmeldungen Sonntags 4–8, Donnerstags 8–10 abends. •

Klavierschule. Harmonium, Violinen, Mandolinen, Gitarre, Zitherschule. Ackerstraße 69, Schönhauser Allee 126. •

Schreibunterricht, Stenographie, Maschineschreiben, Buchführung, Rechnen, Schriftverkehr, Richtigschreiben. Kaufmännische Privatschule Georg Grunow, Belle-Alliancestraße 106. Anmeldungen jederzeit. •

Verschiedenes

Erfinder, Patentbureau Packscher, Gertraudtenstraße 15. Zentrum 7600. 104R*

Vertrauensvolle Auskunft, Arzt zur Stelle. Hebamme Opitz, Neue Königstraße 57 (Alexanderplatz). •

Nebenverdienst für Ladenbesitzer! Wer seinen Umsatz heben will, erhält zugkräftigen Artikel (Schnittmuster) in Kommission ohne Risiko. Ständige Reklame-Unterstützung. Leichter sauberer Verkauf. Adressen unter M. 36 an d. Exped. d. Blattes. •

Geld sofort auf Pfandscheine, Wertsachen, Wäsche. Rückkaufsrecht. Joseph, Braunsbergerstr. 4. •

Vertrauensvolle Auskunft gewissenhaft. Frau Ehm. Hebamme a. D., Stargarderstr. 75.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Tüchtigen **Blechspanner** welcher gb. gute Zeugnisse verfügt, stellt sofort ein **Paul Sachse,** Berlin-Reinickendf. Residenzstr. 7.

Tüchtige Feinmechaniker,
welche nachweisbar große Erfahrungen im Bau von Präzisionsapparaten haben, werden für Herstellung von Modellen eines neuen Phonographen in ein. m Laboratorium in Zehlendorf für sofort gesucht. Bewerbungen unter **Ta. S. 8969 an Rudolf Mosse, Tauentzienstr. 2.** [17/18

Werkmeister, erfahren im Kontrollkassenbau und befähigt, in modernem Betrieb einem größeren Personal vorzustehen, gegen hohes Gehalt sofort gesucht, bevorzugt **gewandte Mechaniker,** möglichst aus der Kontrollkassenbranche gegen guten Lohn. Offerten unter **D. 37 an die Hauptexp. des Vorwärts.**

ZZ Botenfrauen u. Männer
werden zu den **neuen, sehr stark erhöhten Löhnen** eingestellt:
Adlerstr. 174 (Koppenplatz)
Bärwaldstraße 42
Bastianstraße 7
Boxhagener Straße 62
Greifenhagener Straße 22
Immanuelkirchstraße 24
Lausitzer Platz 14 15
Lübecker Straße 1
Markusstraße 36
Müllerstraße 34 a
Petersburger Platz 4
Prinzenstraße 51
Steglitzer Straße 37
Waldstraße 9
Wilhelmshavener Str. 48
Borsigwalde, Räuschstraße 10
Lichtenberg, Wartenbergstraße 1
Neukölln, Neckarstr. 2 und Siegfriedstr. 28/29
Niederschöneweide, Brückenstr. 10
Niederschönhausen, Treskowstraße 27
Reinickendorf-Ost, Provinzstraße 58
Schöneberg, Belziger Straße 27
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 13
Treptow, Kiefholzstr. 412